

Benedikt Pfister

# Alles neu! Menschen, Milieus und Quartiere

Von 1870 bis 1910 verdreifachte sich Basels Bevölkerung auf rund 135 000 Personen. Zehntausende Menschen zogen zu, fanden Arbeit und ein Zuhause in der Stadt. Schweizer und Deutsche, Französinen und Italiener kamen, unter ihnen viele Katholiken, Juden, Dienstbotinnen und Arbeiter. Sie liessen sich in den neuen Quartieren nieder und bildeten neue religiöse und soziale Milieus. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war ein Drittel der Bevölkerung katholisch und über die Hälfte der Arbeiterschaft war weiblich. Die Behörden reagierten vorerst zurückhaltend auf die Ankömmlinge. Rechtlich unterteilten sie diese in Bürger, Niedergelassene und Aufenthalter. Als sich abzeichnete, dass viele Aufenthalter in der Stadt eine neue Heimat gefunden hatten, schuf diese um 1900 ein liberales Bürgerrechtsgesetz. Der soziale Wandel war konfliktreich, doch die Spannungen ermöglichten eine Annäherung: Die Behörden lernten, dass die Integration der Neuen nur dann erfolgversprechend sein konnte, wenn milieuspezifische Eigenheiten respektiert wurden. Und in den Milieus setzte sich die Erkenntnis durch, dass sie ihre Lebenswelten in Einklang mit dem geltenden Recht bringen mussten.

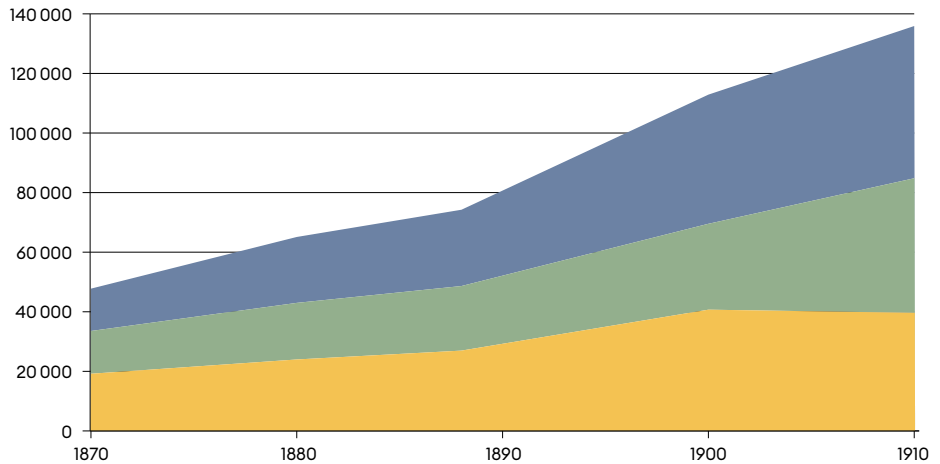
## Ankommen: Neue Bewohnerinnen und Bewohner

Ohne Deutsche gehe es nicht: «Basel würde nicht leben und nicht sterben können. Nicht leben; denn fast die Hälfte der Bäcker- und Metzgermeister und gegen drei Fünftel ihrer Arbeiter sind Deutsch. Nicht sterben; denn dazu braucht der Kultur-mensch den Apotheker, und die Apotheker in Basel sind fast alle Deutsche.»<sup>1</sup> Karl Bücher, Professor für Nationalökonomie an der Universität Basel, wurde in seiner Abschiedsrede im Juli 1890 grundsätzlich. Antideutsche Ressentiments verletzten ihn. Bereits als der in Hessen geborene Bücher 1883 an die Universität gekommen war, hatte er eine «nationale Spannung» zwischen den Schweizern und den Deutschen wahrgenommen, die er als Folge des Deutsch-Französischen Kriegs von 1870/71 interpretierte. Die «stille Abneigung» gegen die Deutschen habe dazu geführt, dass er empfindlicher auf manches reagiert habe, «was so böse nicht gemeint war».<sup>2</sup> Dabei fühlte sich Bücher in Basel wohl. Die letzten seiner Basler Jahre wohnte er standesgemäss an der Augustinergasse am Münsterplatz und war mit Baslerinnen und Baslern aus der gehobenen Schicht befreundet. Seine Frau, eine Mittermaier aus München, habe sogar Baseldeutsch sprechen gelernt. Aber genau die Sprachunterschiede zwischen dem Basel- und dem Hochdeutsch hätten eine «Schranke zwischen Einheimischen und Fremden» gebildet, erinnerte sich Bücher in seinen Memoiren.<sup>3</sup> Die Baslerinnen und Basler hätten sich jeweils unwohl gefühlt, wenn sie Hochdeutsch sprechen mussten.

Büchers emotionale Worte waren wohl gewählt und fussten auf einem breiten Wissen. Als Statistiker und Nationalökonom hatte er sich intensiv mit der Bevölkerung auseinandergesetzt. Insbesondere seine Untersuchung zu den Wohnverhältnissen und eine neue Methode zur Analyse der Volkszählung ermöglichten ungewohnte Blicke auf Basel. Der zugewanderte Deutsche prägte die Eigenwahrnehmung der Stadt nachhaltig. Bücher steht damit stellvertretend für viele Tausend, die für wenige Monate, Jahre oder für immer in die Stadt kamen, hier lebten und wirkten und Teil von ihr wurden.

Die auch dank der Eisenbahn starke Zuwanderung im 19. Jahrhundert veränderte die soziale und religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung. 1870 lebten knapp 45 000 Menschen in der Stadt.<sup>4</sup> Bis 1888 wuchs die Bevölkerung auf rund 70 000 an und verdoppelte sich in den folgenden zwölf Jahren beinahe auf rund 135 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

## Bevölkerungsentwicklung des Kantons Basel-Stadt, 1870–1910



**23** Dank der liberalen Einbürgerungspraxis stieg der Anteil der Menschen mit Basler Bürgerrecht von 1900 bis 1910 von rund 17 000 auf 45 000 Personen an. Der Anteil von Einwohner:innen mit ausländischer Staatsbürgerschaft lag um 1910 bei rund 38 Prozent (Quelle: Mitteilungen des Statistischen Amtes Basel-Stadt, Nr. 28, Basel 1924).

■ Ausländische Staatsbürgerschaft  
■ Basler Bürgerrecht  
■ Bürgerrecht eines anderen Schweizer Kantons

Der soziale Wandel verlangte vom protestantischen Basel Bewegung, doch die Behörden steckten in einem Dilemma: Sie sahen die Notwendigkeit, den wirtschaftlichen Aufschwung nicht durch eine zu restriktive Einwanderungspolitik zu beschränken. Andererseits waren sie sich bewusst, dass die grosse Veränderung der Bevölkerung Konfliktpotenzial barg. Weil sie sich vor einem «Ansammeln eines Proletariats» fürchteten, vollzogen sie die rechtliche Gleichstellung nur schrittweise und widerwillig.<sup>5</sup>

### Die Basler Bürgerrechts- und Niederlassungsgesetze

Steuern konnten die Basler Behörden die Zuwanderung nur beschränkt. Es war die wirtschaftliche Entwicklung, die bestimmte, wo «Anziehungspole für Migranten» entstanden und aus welchen Gebieten ausgewandert wurde.<sup>6</sup> Das Jahr 1888 stellt dabei einen «migrationsgeschichtlichen Wendepunkt» dar.<sup>7</sup> Zum ersten Mal



wanderten mehr Menschen in die Schweiz ein als aus. Das Land erlebte einen «doppelten Strukturwandel» vom Agrar- zum Industriestaat und vom Auswanderer- zum Einwandererland.<sup>8</sup> Insbesondere die industrialisierten Städte wurden zu Hotspots eines «interregionalen europäischen Wanderungssystems», das die im 19. Jahrhundert weit verbreitete Auswanderung nach Übersee übertraf.<sup>9</sup> Die inner-europäische Migration nahm zu, weil die boomenden Städte Arbeitskräfte benötigten, die Landwirtschaft weniger Menschen ein Auskommen bot, der Aufbau von Infrastrukturen die Mobilität erleichterte und die Behörden grosszügig Reise- und Niederlassungsfreiheit gewährten. Die Schweiz erhielt mit der Bundesverfassung von 1874 die Hoheit darüber, die eidgenössische Bürgerschaft zu- und abzuerkennen, und zeichnete sich bis zum Ersten Weltkrieg durch ein liberales Migrationsregime aus.<sup>10</sup> Die Einbürgerung zu erleichtern war die offizielle Politik auf Bundesebene, auch wenn bereits um 1900 der Begriff «Überfremdung» im Kontext der Armenfürsorge auftauchte.<sup>11</sup>

Für die Einbürgerung und die Regelung der Niederlassung waren aber die Gemeinden und Kantone verantwortlich. In Basel öffneten, auch wenn sich konservative Kreise dagegen sträubten, die Gesetze von 1848 und 1902 den Zugang zur Stadtbevölkerung. Diese bestand rechtlich aus den Kategorien Bürger, Nieder-gelassene und Aufenthalter.<sup>12</sup>

Die Erlangung des Bürgerrechts kam in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nur für protestantische Glaubensangehörige infrage, die eine hohe Gebühr bezahlen mussten. Diese restriktive Politik geriet durch die Bundesverfassung von 1848 unter Druck, welche theoretisch die Religionsfreiheit für christliche Konfessionen und die Niederlassungsfreiheit für Schweizer in allen Kantonen brachte. Die Niederlassung von Frauen wurde nicht geklärt.<sup>13</sup> Diese Inländergleichstellung förderte die Binnenmigration von strukturschwächeren Kantonen in wachsende Industriestädte wie Basel. Dass insbesondere Katholiken das Bürgerrecht nur zögerlich erhielten wurde zusehends untragbar, wie die Kantonsregierung selber feststellte.<sup>14</sup> In mehreren Revisionsschritten eingeführt wurden die unentgeltliche Einbürgerung für Personen, die in Basel geboren oder aufgewachsen waren, sowie die kostenlose Wiedereinbürgerung verwitweter oder geschiedener Frauen, die wegen der Heirat mit einem Nicht-Basler ihr Bürgerrecht verloren hatten.

Den Kulminationspunkt der Liberalisierung des Basler Einbürgerungswesens bildete das Bürgerrechtsgesetz von 1902.<sup>15</sup> Nichtbürger unter 45 Jahren, die seit mehr als 15 Jahren im Kanton wohnten, sollten das Bürgerrecht kostenlos erhalten. Das Gesetz verlangte vom Regierungsrat, alle Schweizer, die seit mehr als 15 Jahren, und alle Ausländer, die seit mehr als 25 Jahren in Basel lebten, zur Ein-

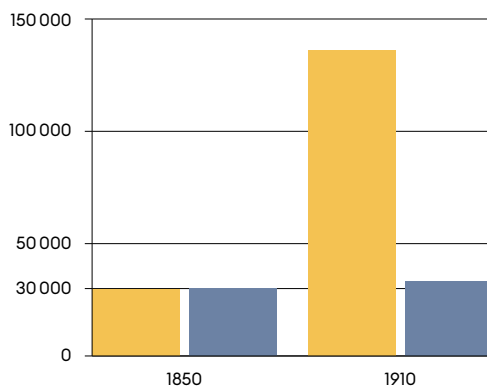
bürgerung aufzufordern. Bei ihrem formellen Ablauf wurden die Kompetenzen der Bürgergemeinde zugunsten der Kantonsbehörden zurückgestuft.<sup>16</sup> Der Leumund und die finanziellen Verhältnisse blieben weiterhin wichtige Kriterien. Das neue Gesetz führte zu einem Anstieg der Bürgerschaft an der Kantonsbevölkerung: Der Anteil wuchs von 25,8 Prozent im Jahr 1900 auf 36 Prozent im Jahr 1914.<sup>17</sup>

Die Unterscheidung der ausländischen und ausserkantonalen Bevölkerung in Niedergelassene und Aufenthalter wurde einer Prüfung unterzogen. Es war der Regierung aufgefallen, dass viele Menschen den Status des Aufenthalter innehaten, obwohl sie bereits mehrere Jahre in der Stadt wohnten und arbeiteten. Das neue Niederlassungsgesetz von 1884 änderte nichts an der Trennung in Niedergelassene und Aufenthalter, ermöglichte letzteren aber, eine Niederlassungsbewilligung zu beantragen, wenn sie über zwanzig Jahre alt waren und länger als ein Jahr in Basel lebten. Von dieser neuen Regelung profitierten insbesondere Frauen, die als langjährige Dienstbotinnen und Fabrikarbeiterinnen den grössten Teil der langjährigen Aufenthalter stellten.<sup>18</sup>

### Rasanten Bevölkerungswachstum

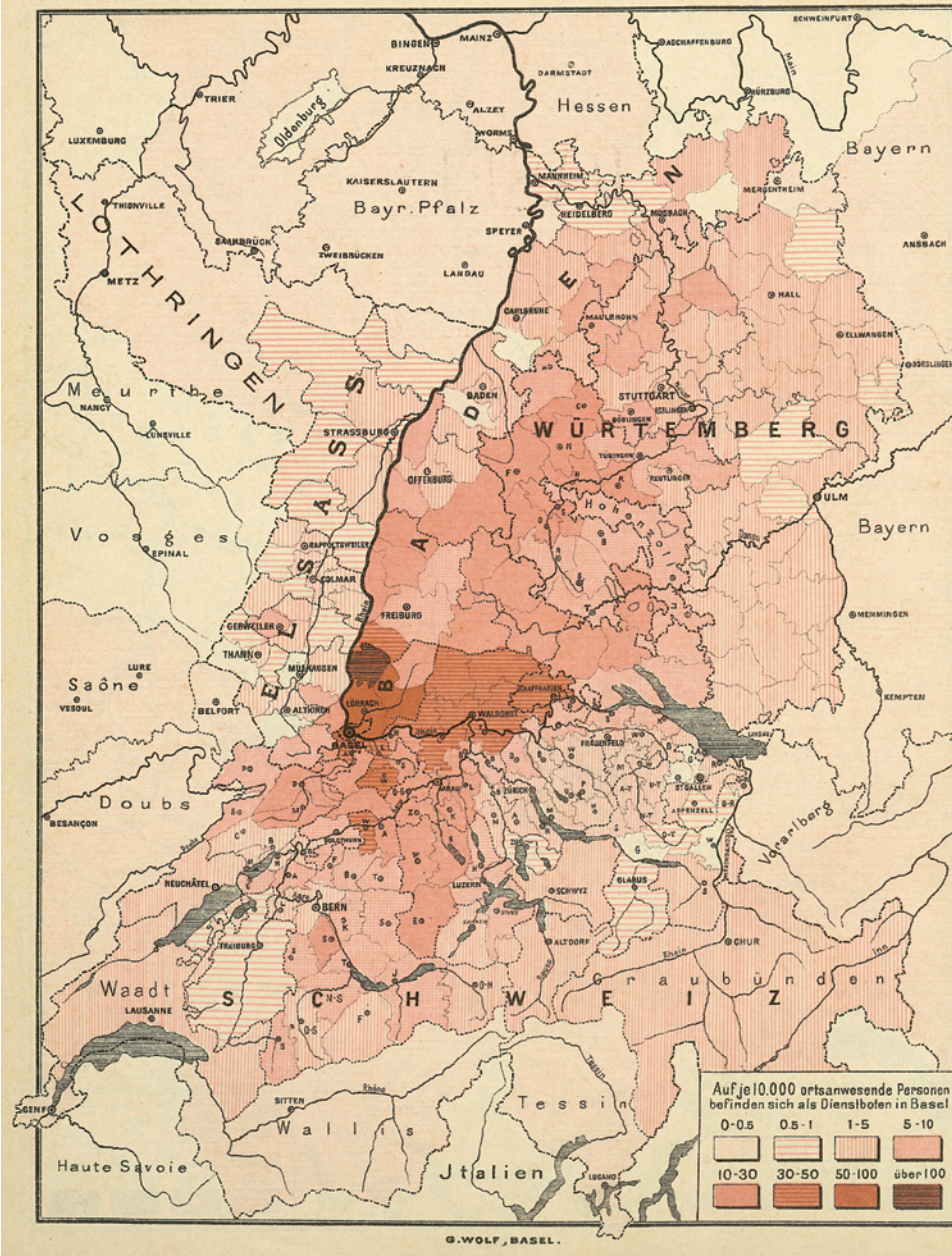
Basel verzeichnete von 1870 bis 1910 die grösste Zuwanderung aller Kantone.<sup>19</sup> Die Grenzstadt hatte im Vergleich zur Gesamtschweiz eine deutlich höhere Ausländerquote, die von 28,7 Prozent im Jahr 1860 (CH: 4,6) auf 38,1 Prozent im Jahr 1900 (CH: 11,6) anstieg.<sup>20</sup>

### Bevölkerungsentwicklung in den Kantonen Basel-Stadt und Glarus, 1850 und 1910



**24** Der Vergleich zwischen Basel-Stadt und Glarus veranschaulicht den sozialen Strukturwandel innerhalb der Schweiz. Um 1850 hatten beide Kantone rund 30 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Bis 1910 wuchs die Bevölkerung von Glarus auf etwas über 33 000 Menschen an, während sich die Bevölkerung des Kantons Basel-Stadt auf über 135 000 vervielfachte (Quelle: Bickel 1947, S. 135).

■ Basel-Stadt  
■ Glarus



**25 Zuwanderungsgebiet der Basler Dienstabotschaft, 1888.** — Karl Bücher wertete die Volkszählung von 1888 aus und hielt die Zuwanderungsgebiete der Dienstabotinnen und Dienstaboten fest. Je roter die Fläche, desto mehr Menschen aus diesen Gebieten arbeiteten in Basler Diensten (Quelle: Bücher 1890a).

Bis spät im 19. Jahrhundert kamen aber hauptsächlich Menschen aus den benachbarten Regionen nach Basel. Binnenmigrant:innen aus Baselland, dem Aargau, Bern, der Ostschweiz, Zürich, Solothurn und der Innerschweiz stellten bis 1888 die Mehrheit der Neuankömmlinge. Darunter waren viele aus dem Mittelstand wie Lehrer, Anwälte oder höhere Angestellte. Aber auch Arbeiterinnen und Arbeiter zog es nach Basel. Die Zuwanderung aus dem Ausland kam bis 1890 fast ausschliesslich aus badischen und elsässischen Orten der Umgebung und betraf meist jüngere Menschen unter dreissig.<sup>21</sup> Der Arbeitsmarkt in Basel bot den Männern Stellen in Kleinbetrieben oder der Industrie. Die grosse Mehrheit der Frauen arbeitete in Fabriken und als Hausangestellte [25].

Die Zuwanderung lässt sich in unterschiedliche Phasen einteilen. Zwischen 1860 und 1870 kamen die meisten Menschen aus Frankreich.<sup>22</sup> Darunter befanden sich zahlreiche Jüdinnen und Juden aus dem Elsass. Von 1870 bis 1910 vervierfachte sich – auch weil das Elsass nach 1871 zu Deutschland gehörte – die Anzahl Deutscher auf über 40 000 Personen, die sich mehrheitlich in Kleinbasel ansiedelten. Prozentual am stärksten war gegen Ende des Jahrhunderts hingegen die Zuwanderung von Italiener:innen. Ihr Anteil verzehnfachte sich in den zwanzig Jahren bis 1900 auf über 2700 Personen. Zehn Jahre später lebten über 4500 Italienerinnen und Italiener mehrheitlich in Kleinbasel. Hier betrug der Ausländeranteil kurz vor dem Ersten Weltkrieg bis zu fünfzig Prozent. Ein Grossteil der Italiener arbeitete im boomenden Baugewerbe.

Bei diesen Zahlen muss beachtet werden, dass die Statistik viele Menschen nicht erfasste, weil sie zum Zeitpunkt der Datenerhebung nicht mehr oder noch nicht in Basel sesshaft waren. Sie wohnten nur vorübergehend in der Stadt, zum Beispiel im Sommer als Bauarbeiter, oder legten auf Durchreise einen längeren Aufenthalt ein. In den 1890er-Jahren wanderten pro Jahr rund vierzig Prozent der Wohnbevölkerung Basels ein oder aus.<sup>23</sup>

### **Fremdwahrnehmung und Selbstorganisation der Neuzugezogenen**

Zuwanderer forderten die ansässige Gesellschaft heraus. Manche sahen in ihnen eine zusätzliche Konkurrenz bei der Wohnungs- und Arbeitssuche. Andere störten sich an ihrer Herkunft und bedienten Stereotype wie die angebliche Grossmüligkeit der Deutschen oder die vermeintliche Unsittlichkeit der Italienerinnen und Italiener. Mit dieser Unterscheidung sollten gesellschaftliche Hierarchien geschaffen werden. Angesichts von Abwehr und Distanz bemühten sich die neuen Einwohnerinnen und Einwohner, die sich langfristig in Basel niederliessen, eigene Netzwerke aufzubauen.



## Eine Basler Biografie um 1900: Marie Holdampf-Hohler

Marie Holdampf-Hohler war Baslerin, Katholikin und unehelich geboren.<sup>24</sup> Ihre Biografie steht beispielhaft für die Zuwanderung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Maries Mutter Hulda Hohler war aus dem südbadischen Adelshausen als Dienstmagd nach Basel gekommen. Sie arbeitete bei der Kaufmannsfamilie Soller-Bertrand, die an der Clarastrasse 43 in Kleinbasel ein Geschäft für Spitzen und Seidenwaren führte. Von einem der Söhne, Henry Soller, wurde Hulda Hohler schwanger. Nach der Geburt der Tochter Marie kümmerte sich die Grossmutter um das Kind.

Über die Beziehung von Hulda Hohler und Henry Soller ist fast nichts bekannt. Die Wege der beiden trennten sich bald. Hulda lernte Ferdinand Ammann kennen, der um 1890 als Sieb- und Trommelfabrikant an der Gerbergasse 66 ein Geschäft führte. Die beiden heirateten und Hulda Ammann-Hohler brachte ihre Tochter Marie in die Ehe mit. Wilhelm, ein zweites uneheliches Kind von Hulda, blieb hingegen bei der Grossmutter. Ferdinand Ammann akzeptierte Marie als «Pflegetochter». Die Patchworkfamilie lebte am Leonhardsberg und wuchs um zwei Töchter und einen Sohn an.

Marie war eine gute Schülerin und arbeitete nach Schulabschluss mehrere Jahre als Verkäuferin beim Allgemeinen Consumverein. 1909 lernte sie den ungarischen Steinhauer Stephan Holdampf kennen, der auf seiner Walz in Basel Halt gemacht hatte. Die beiden lebten in Basel an der Jungstrasse und heirateten 1914 in der nordungarischen Heimat von Stephan. Als Tochter Nelly (1915–1989) zur Welt kam, war der Vater für

Österreich-Ungarn im Ersten Weltkrieg als Soldat im Einsatz. Während der Kriegszeit traf sich das Paar etwa viermal in Lörrach. Nach dem Krieg kehrte Stephan Holdampf 1919 nach Basel zurück, wurde Basler Bürger und arbeitete in einem Grabsteingeschäft. Drei Jahre später kam Tochter Valérie (1922–2019) zur Welt.

**26 Ferdinand Ammann-Hohler mit einer seiner Töchter vor dem Haus am Leonhardsberg 15, undatiert. Oben an der Treppe Hulda Ammann-Hohler, die aus dem südbadischen Adelshausen als Dienstmagd nach Basel kam.**





**27 Fasnachtszettel der Vereinigten Spalemer, 1901.** — Die Vereinigten Spalemer machen 1901 auf ihrem Fasnachtszettel die Zuwanderung der Deutschen zum Thema. «Vo Drausse rai», schwäbisch für «Von draussen herein», stamme die grosse Mehrheit der Bevölkerung von

Basel. Weitere Zuwanderer sind die «Katzenstreker» aus der Innerschweiz, die «Mutze» aus Bern, die «Rübliländer» aus dem Aargau. Unklar bleibt, worauf die Zettelschreiber mit den Begriffen «Türken» und «Orang-Utang» anspielen.

Ressentiments gegenüber den Schweizer Zugezogenen waren spürbar, wenn es vor politischen Wahlen hiess, dass «echte» Basler konservativ wählten, oder die Integrität einer nicht-protestantischen Person infrage gestellt wurde. Binnenmigrant:innen traten politischen, Sport-, Musik- oder Militärvereinen wie dem Artillerieverein oder der Feuerschützengesellschaft bei oder gründeten seit den späten 1850er-Jahren «landsmannschaftliche» Vereine. 1881 gab es den Aargauer-Verein, Solothurner-Verein, Verein Thurgau, Berner-Verein, Zürcher-Verein, Schaffhauser-Verein und Ostschweizer-Verein.<sup>25</sup> Die Mitglieder trafen sich zum geselligen Austausch und sprachen über ihren Heimatkanton. Im Ratschlag zum neuen Bürgerrechtsgesetz von 1866 wird die Bedeutung dieser Vereine für die «erste Generation Eingewanderter» hervorgehoben: «Sie markieren ihre Eigenthümlichkeit unter uns Andern, mit welchen sie zwar stimmberechtigt sind, unter welchen sie sich aber fremd fühlen.»<sup>26</sup> Für die Kinder jener ersten Generation sei die Heimat hingegen bloss noch ein «geographischer Begriff».

Deutsche Männer trafen sich im 1834 gegründeten Deutschen Arbeiterverein, dem ein Gesangsverein und seit 1862 auch eine Turnsektion angeschlossen waren, oder ab den 1880er-Jahren im Badenser- oder Württembergerverein sowie im Deutschen Militärverein. Dieser widmete sich mit einer Gesangssektion der «Pflege echter Kameradschaft» und der «Förderung der deutschen Vaterlandsliebe».<sup>27</sup> Ebenfalls dem Gesang widmete sich der Deutsche Liederkranz, von dem sich 1874 der Männerchor Germania loslöste, «um den reichs-deutschen Standpunkt mit Entschiedenheit zu vertreten». Der Deutsche Hilfsverein unterstützte bedürftige Landsleute.

An der Fasnacht 1910 befürchtete eine Gruppe ironisch, dass der Bau des Badischen Bahnhofs aus Basel eine «Preussenprovinz» mache. 1899 hatte sich ebenfalls an der Fasnacht die Gruppe Alt-Albania darüber beklagt, dass Italiener («Poläntefresser»), Deutsche («Schwobe») und Elsässer («Waggis») auf dem Arbeitsmarkt den Schweizern vorgezogen würden.<sup>28</sup> 1912 führte die Fasnacht zu Miss-tönen mit Italien.<sup>29</sup> Weil einige Cliques den italienisch-türkischen Krieg in Libyen zum Sujet machten, sprach die italienische Presse von «italienerhassenden Schweizern», und italienische Kreise in Basel planten Angriffe auf die Fasnacht. Dazu kam es freilich nicht.

Basel war für viele italienische Arbeitsmigrantinnen und -migranten eine Zwischenstation. Um die Jahrhundertwende trafen in den Spitzenzeiten täglich Hunderte aus Italien am Bahnhof ein, die ins Elsass, nach Baden oder nach Nord- und Südamerika weiterreisten. Die Wartezeit überbrückten die Reisenden oft in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs in öffentlichen Parks unter freiem Himmel. Dies wiederum sorgte für Konflikte mit den Menschen in der Nachbarschaft, die sich gestört fühlten. Ab 1898 sollte ein «Italiensaal» genannter Warteraum im Centralbahnhof die Situation entspannen.<sup>30</sup> Auch hier ansässige Italienerinnen und Italiener sahen sich Ressentiments ausgesetzt. Die Teilnahme von italienischen Arbeitern am Maurerstreik 1895 sorgte in der Presse für Empörung: «Die Italiener sollen daheim bleiben, wenn es ihnen nicht gefällt.»<sup>31</sup> Anwohnerinnen und Anwohner aus dem Spalenquartier beschwerten sich 1901 in mehreren Petitionen an die Regierung über Lebensart und Hygiene der Italiener.<sup>32</sup> Zwischen 1900 und 1904 kam es in Binningen, Birsfelden und Allschwil sogar zu Tumulten, wie rund zehn Jahre früher in Zürich und Bern.<sup>33</sup>

Die Italienerinnen und Italiener wurden nicht nur von der Unterschicht als wirtschaftliche Bedrohung angesehen. Sie dienten auch als Projektionsfläche für bürgerlich-protestantische Feindbilder: Sie galten als fremdsprachige, fremdgläubige katholische oder «gottlose Immigranten» aus der Unterschicht. Häufig enga-





**28 Bauarbeiter transportieren an der Rittergasse die Reste des St. Alban-Schwibbogens ab und posieren für den Fotografen. Foto: Adam Borbély Varady, 1878. —**

Der St. Alban-Schwibbogen war ein kleines Stadttor der alten inneren Stadtmauer am Eingang der Rittergasse. Er überlebte vergleichsweise lange, obwohl die Stadtmauer bereits nach 1859 vielerorts geschleift worden war. Der Bau der Wettsteinbrücke ab 1877 war aber eine zu grosse städtebauliche Veränderung, der auch der St. Alban-Schwibbogen weichen musste.

gierten sie sich politisch, einige sogar als Anarchisten. Die Stadtmission stellte um 1900 einen italienisch sprechenden Missionar ein, der die Arbeiter zu Hause aufsuchte. Weil viele der italienischen Bauarbeiter als Saisoniers in Basel arbeiteten und jeweils im Winter zurückkehrten, mussten sie in einfachen Unterkünften hausen, in «Italienerdörfern», «Italienerbaracken» oder «Italienerkasernen» in den Vororten Binningen, Birsfelden und Allschwil oder in Augst. In Basel zogen viele Italiener ins Hegenheimerviertel im Spalenquartier und später nach Kleinbasel.



# Basel als Tor zu den Kolonien

Josef Müller legte vor Gericht ein umfassendes Geständnis ab. Er hatte junge Männer davon überzeugt, sich bei einem Rekrutierungsbüro in Belfort zu melden, um sich als Söldner für holländische Dienste zu bewerben. Dieser für die jungen Männer der alten Eidgenossenschaft wichtige Erwerbszweig war seit 1859 verboten. Das Basler Gericht verurteilte den 46-Jährigen im Juli 1892 wegen «Werbung in fremde Kriegsdienste» zu einem Monat Gefängnis mit Geldbusse und entzog ihm für ein Jahr das Aktivbürgerrecht.<sup>34</sup> Josef Müller hatte fünfzehn Jahre in der niederländischen Kolonialarmee gedient und sich als «militärischer Arbeitsmigrant» verdingt.<sup>35</sup> Er war damit einer von rund 7700 Schweizern, die zwischen 1814 und 1914 in Niederländisch-Ostindien, dem heutigen Indonesien, als Söldner für die niederländische Kolonialarmee arbeiteten und somit Teil des «gewalttätigen Kolonialregimes» waren.<sup>36</sup> Rund hundertachtzig Personen mit Bürger- oder Geburtsort Basel schlossen sich den Holländern an, rund achtzig davon starben in Indonesien.<sup>37</sup>

Josef Müller stammte aus der Innerschweiz und strandete nach seinem Einsatz für die Holländer in Basel. Hier arbeitete er als Gepäckträger und Vermittler und war wie Wirte, Hoteliers, Fuhrleute und Auswanderungsagenturen und -agenten Teil eines Wirtschaftszweigs, der mit der Auswanderung Geld verdiente. Dienst-männer wie Müller waren in einem juristischen Graubereich tätig und gerieten immer wieder mit der Justiz in Konflikt. Sie wurden bei der Polizei angezeigt, weil sie am Bahnhof Migranten, die in Basel Halt machten, an Auswanderungs-

agenturen oder -agenten verwiesen. Dafür kassierten sie ein Kopfgeld.

Wichtige Zeugen im Prozess gegen Müller waren zwei Wirte aus Kleinbasel. Ihnen wurde Müller suspekt, weil er sich zu jungen Männern an den Tisch gesetzt hatte. Dabei gab es Wirte, die selber die Rolle als Informanten für Auswanderungswillige übernahmen.<sup>38</sup> Das Wirtshaus als halböffentlicher Raum bot die passende Gelegenheit. Aufgabe der Agenten war es, Kontakt zu einer Agentur herzustellen. Das war legal. Um 1900 gab es in Basel fünf solcher Agenturen, die Reisen zu den Seehäfen im Norden und vor allem den Atlantikhäfen Le Havre und Cherbourg organisierten. Die meisten Auswanderer wollten in die USA.

Mit dem Gesetz in Konflikt gerieten Wirte dann, wenn sie Männer berieten, die sich als Söldner verdingen wollten. Für sie betrieb der Schweizer Friedrich Wüthrich in unmittelbarer Grenz-nähe mehrere Werbebüros. Ein Büro in Lörrach war nach Schweizer Protesten 1858 geschlossen worden. Später konnten sich Interessenten in Rekrutierungsstationen in St-Louis und der Leopoldshöhe in Weil am Rhein melden. Nachdem diese wegen des Deutsch-Französischen Kriegs geschlossen werden mussten, verlegte man sie nach Belfort.<sup>39</sup>

Überlebten Söldner ihren Einsatz in niederländischen Diensten und kehrten in die Heimat zurück, hatten sie Anspruch auf eine Rente aus den Niederlanden. Für deren Auszahlung war das Kriegskommissariat in Basel verantwortlich.<sup>40</sup> Dadurch und durch die Nähe zu den Rekrutierungsorten fungierte Basel als Tor zu den Kolonien.

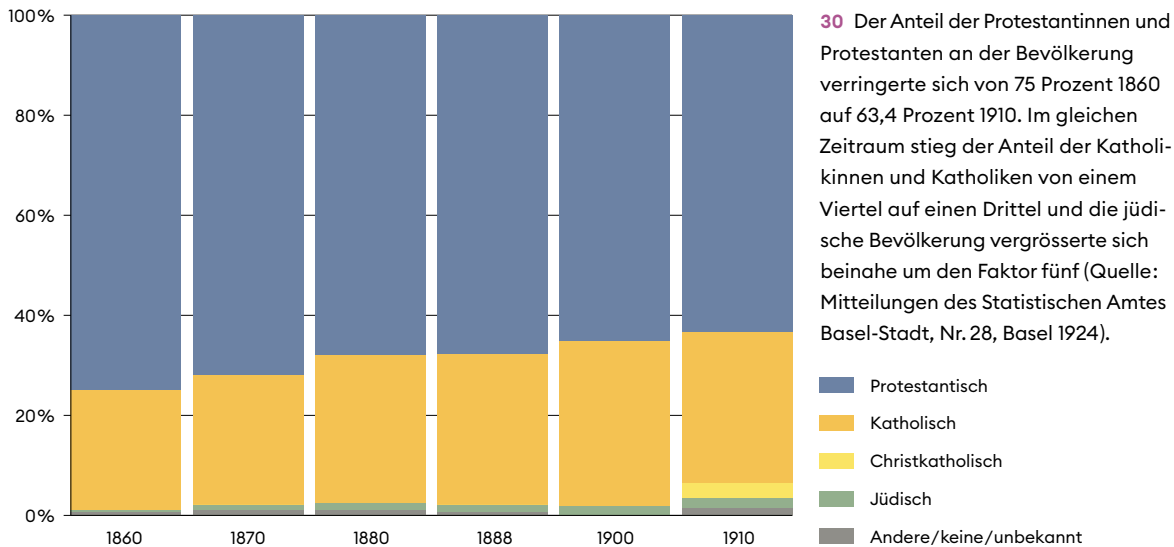


**29 Der Centralbahnplatz mit Apotheke, Wechselstube, Restaurants, Hotels und den beiden Auswanderungsagenturen Zwischenbart (drittes Gebäude von links) und Rommel (drittes Gebäude von rechts), undatiert. — Um 1900 waren in Basel fünf Auswanderungsagenturen ansässig. Weitere Auswanderungsbüros aus der Schweiz liessen sich durch Agenten vertreten. Weil der Bahnverkehr für den Transport von Auswanderungswilligen in die Häfen von Le Havre und Rotterdam immer wichtiger wurde, siedelten sich die Agenturen in Bahnhofsnähe an.**

## Herausbildung der religiösen und sozialen Milieus

Die zugewanderten Menschen lassen sich nicht allein durch ihre Nationalität kategorisieren, sie unterschieden sich von der ortsansässigen Mehrheit auch aufgrund ihrer religiösen und sozialen Merkmale. Juden und Katholikinnen, Arbeiter und Dienstbotinnen lebten und arbeiteten in der Stadt und gehörten zugleich Milieus mit eigenen Strukturen an, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden.<sup>41</sup> Im katholischen und jüdischen Milieu bildeten sich eigene Sport- und politische Vereine, religiöse und fürsorgerische Institutionen. Die Religion bestimmte das soziale und kulturelle Leben mit und war für viele Menschen wichtiger als die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht. Dagegen definierte sich die Arbeiterschaft über ein sozioökonomisches Milieu, das durch die gemeinsame Lebenswelt als Unterschicht bestimmt war. Viele Menschen bewegten sich freilich milieuübergreifend. Es gab sozialistische Katholiken oder Jüdinnen und solche, die Mitglied in einer Zunft oder einem protestantisch geprägten kulturellen Verein waren. Gemeinsam war den neuen Milieus, dass sie sich innerhalb der protestantischen Mehrheitsgesellschaft behaupten mussten.

### Anteil der Konfessionen und Religionen an der Bevölkerung, 1860–1910



## Das jüdische Milieu: Vom Elsass in die Basler Quartiere

Vierhundert Jahre lang lebten in Basel offiziell keine Juden. Nach der Auslöschung der ersten Gemeinde durch ein Pogrom und dem Verschwinden einer zweiten Gemeinde im Mittelalter bildete sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine dritte jüdische Gemeinde. Sie entwickelte sich nur zögerlich, weil Jüdinnen und Juden das Niederlassungsrecht verwehrt blieb. Zwischen 1847 und 1849 erhielten immerhin alle in Basel geborenen Söhne aus jüdischen Familien das Niederlassungsrecht.<sup>42</sup> Die Politik des «Aussterbenlassens» der jüdischen Bevölkerung – eine Art passive Vertreibung durch das Verwehren der Niederlassung – durch die Obrigkeit fand ein Ende.<sup>43</sup> Erst die Teilrevision der Bundesverfassung von 1866 führte die Niederlassungsfreiheit für alle Juden in der Schweiz ein. Als weiterer Schritt der rechtlichen Gleichstellung folgte 1874 die Gewährung der Kultusfreiheit.

### Herkunft Hégenheim

Bis 1866 kamen die jüdischen Zuwanderer ausschliesslich aus dem Elsass.<sup>44</sup> Viele waren vor antisemitischen Angriffen geflohen, andere sahen in Basel bessere berufliche Chancen. Zwar kamen im letzten Quartal des 19. Jahrhunderts im Zuge der rechtlichen Gleichstellung vermehrt auch Juden aus dem süddeutschen Raum, dem Baselbiet und aus Endingen und Lengnau in die Stadt. Die Beziehungen zum Elsass, insbesondere zur Gemeinde Hégenheim, blieben aber identitätsstiftend für die jüdische Gemeinde. Der Rabbiner von Hégenheim war lange Zeit auch für die Basler Juden zuständig. Erst 1885 erhielt Basel mit Arthur Cohn einen eigenen Rabbiner.

Auch Salomon Schmoll-Dreyfuss, der erste offizielle jüdische Basler Bürger, stammte aus Hégenheim.<sup>45</sup> Mit ihm wurden 1872 insgesamt acht jüdische Familien ins Bürgerrecht aufgenommen. Es fällt auf, dass in Basel in den drei Jahren nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 viele Menschen aus dem Elsass das Bürgerrecht erhielten.<sup>46</sup> Dies dürfte damit zusammenhängen, dass in Basel zugezogene Juden immer noch Familienangehörige in den Elsässer Dörfern hatten und dass in dieser Zeit Tausende in der Stadt Schutz suchten [31]: Französinnen und Franzosen, die vor den vorrückenden Deutschen flohen, und Deutsche, die aus Frankreich vertrieben wurden. In den Strassen höre man viel Französisch, erinnerten sich Zeitzeugen.<sup>47</sup> Die Religionszugehörigkeit der französischen Schutzsuchenden



**31 Flüchtende Juden aus dem Elsass kommen im August 1870 in der Spalenvorstadt an, Lichtdruck nach Original von Wagner. Ed. Albert Sattlers Wwe., Basel, undatiert.** — Der Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs 1870 brachte zahlreiche Menschen auf der Flucht

nach Basel. Viele davon kehrten nach Kriegsende wieder in die Heimat zurück, andere blieben in der Stadt. 1870 erhielten über hundert Französinnen und Franzosen eine Niederlassungsbewilligung für Basel, darunter viele Juden.

interessierte auch den Kleinen Rat. Er fand es «bemerkenswert», dass sich unter den über hundert Franzosen, die 1870 eine Niederlassungsbewilligung für Basel erhalten hatten, viele Juden befanden.<sup>48</sup> Ob der Rat bemerkenswert fand, dass unter den Geflüchteten viele Juden waren oder dass Basel so vielen Juden eine Niederlassungsbewilligung gab, lässt sich nicht sagen. Die Religionszugehörigkeit der Flüchtlinge war aber ein Thema in der Öffentlichkeit. Ihre Betreuung stellte für die jüdische Gemeinde eine grosse Herausforderung dar. Zahlreiche Juden waren selber erst vor Kurzem in die Stadt gekommen und mussten nun für neue Flüchtende sorgen. Die jüdischen Vereine kümmerten sich um Verpflegung und Unterkunft, doch sie kamen finanziell an den Anschlag.

Die meisten Geflohenen blieben nicht dauerhaft in Basel, sondern kehrten in ihre Gemeinde zurück. Nur wenige Monate nach Ende des Deutsch-Französischen Kriegs ergriff die Israelitische Gemeinde Basel (IGB) die Initiative zur Er-



**32 Jüdischer Friedhof in Hégenheim, 2023. —**

Der Friedhof ist seit 1673 in Betrieb, rund dreitausend Grabsteine sind erhalten. Auch nach der Eröffnung des jüdischen Friedhofs in Basel 1903 fanden in Hégenheim Bestattungen von Schweizer Juden statt. Samuel Dreyfus-Neumann etwa, der von 1866 bis 1896 der Israelitischen Gemeinde Basel vorstand, wurde 1905 in Hégenheim begraben.



richtung eines Wohnheims für bedürftige Juden in Hégenheim. IGB-Präsident Samuel Dreyfus schrieb in einem Aufruf zur finanziellen Unterstützung des «Asyl Hegenheim»: «Hart an unserer Grenze, und grösstenteils in den Gemeinden, von welchen viele unserer wohlhabenden Glaubensgenossen abstammen, in Hegenheim, Buschwiller, Oberhagenthal etc., befinden sich viele unglückliche Arme, welchen infolge Emigration der vermöglichen Israeliten, die traurigste Zukunft bevorstehen würde, wenn denselben nicht eine hilfreiche Hand zeitig genug gereicht wird.»<sup>49</sup> Die Gründung des Wohnheims sei eine «Pflicht der wohlhabenden Israeliten». Der Aufruf stiess auf starke nationale wie internationale Resonanz. Aus der ganzen Welt kamen Spenden zusammen, die grössten neben Basel aus Frankfurt, Paris, Mulhouse und New York. Auch aus vielen kleineren Städten und Gemeinden der Schweiz und des Elsass erreichten die jüdische Gemeinde Zuwendungen. Die langfristige Finanzierung und Verwaltung des Wohnheims war Aufgabe der IGB, wofür sie einen jährlichen Beitrag aus ihrem Armenfonds zur Verfügung stellte. Viele Gemeindemitglieder verpflichteten sich zu jährlichen Beiträgen an das Wohnheim. Auch Jahre nach seiner Eröffnung erhielt das Wohnheim grosszügige Spenden aus dem Basler Bürgertum, darunter von Familien der Nach-

kommenschaft des Bandfabrikanten Johann Jakob Bachofen-Merian und ein Legat von Margaretha Merian, der Witwe Christoph Merians.

Die zehn Plätze des Wohnheims waren kurz nach der Eröffnung im September 1874 belegt. Bernheim, Brunschwig, Lévy, Schmoll oder Dreyfus hiessen die ersten Bewohnerinnen und Bewohner. Diese Namen prägten auch die Basler Gemeinde. Ein weiterer Grund für die enge Beziehung zum Elsass war der Friedhof [32]. Die Basler Juden mussten ihre Toten auf dem jüdischen Friedhof in Hégenheim beerdigen, weil Anträge für einen eigenen Friedhof in Basel von den Behörden immer wieder abgewiesen wurden. Erst 1903 erhielt die jüdische Bevölkerung einen eigenen Friedhof mit Abdankungshalle.

### **Für die Einhaltung der Rituale, Wohltätigkeit und Bildung**

Die Gründung eigener Vereine, Geschäfte und Institutionen ist Ausdruck des starken Anwachsens der jüdischen Bevölkerung auf über 2400 Personen bis 1910. Krankenpflege und die finanzielle Unterstützung von bedürftigen oder von Schicksalsschlägen getroffenen Mitgliedern sowie die Ausführung der Rituale bei Verstorbenen bildeten die Kernaufgaben der jüdischen Frauen- und Männervereine. Einerseits ging es darum, Totenwache und Totenwaschung durchzuführen, andererseits finanzschwachen Mitgliedern bei der Bestattung von Angehörigen unter die Arme zu greifen. Der Jüdische Frauenverein (1834), der Männerverein Dowor Tow 1857, der Verein Espérance für junge, unverheiratete Männer (1866) und die Union israélite Chevroh Ez Chajim für junge, unverheiratete Männer (1880) stellten sich diesen Aufgaben. Dem Frauenverein kam dabei eine spezielle Bedeutung zu, weil Frauen in den meisten Fällen den Haushalt führten und damit für die Einhaltung der religiösen Gesetze verantwortlich waren.<sup>50</sup>

Die Vereine erweiterten ihr Wirkungsfeld zunehmend auf die Wohltätigkeit innerhalb der jüdischen Gemeinde. Sie sahen sich verpflichtet, das Waisenhaus an der Gotthelfstrasse (1903), das Spital an der Buchenstrasse (1906) [33] oder die Armenkasse finanziell zu unterstützen. Der Frauenverein engagierte sich auch in der Bildungsförderung und finanzierte Ferienaufenthalte für arme Schulkinder. Jeanette Dreyfus-Strauss, Ehefrau eines Mitinhabers der Bank Dreyfus & Söhne, rief als Präsidentin des Frauenvereins zur Unterstützung der jungen Generation auf.<sup>51</sup> Die Bildung und Unterstützung der Schulkinder war der Gemeinde wichtig. Eine jüdische Religionsschule hatte der Kleine Rat bereits 1813 bewilligt. In dieser lernten Kinder von sechs bis dreizehn Jahren Hebräisch lesen, biblische Geschichte und Religionslehre. Der Unterricht ergänzte den Besuch der öffentlichen Schule.<sup>52</sup>



**33 Das israelitische Spital an der Buchenstrasse 56, Ecke Gotthelfstrasse. Foto: Foto Wolf, um 1910. —**

Zusammen mit anderen jüdischen Institutionen wie dem Waisenhaus, der Religionsschule oder den verschiedenen Fürsorgeeinrichtungen war das israelitische Spital wichtig für den Zusammenhalt der Basler Jüdinnen und Juden. Das Spital blieb bis 1953 in Betrieb.

Die gebürtige Karlsruherin Jeannette Dreyfus-Strauss wohnte an der Schützenmattstrasse. Damit lebte sie in unmittelbarer Nähe zur 1868 eingeweihten Synagoge an der Leimenstrasse, die sich zum Zentrum des jüdischen Lebens entwickelte [34]. 1910 wohnten zwei Drittel der Gemeindemitglieder in einem Radius von achthundert Metern um die Synagoge im neuen Quartier der bürgerlichen Mittelschicht.<sup>53</sup>

Die IGB, bis 1907 eine reine Männerorganisation, umfasste rund zwanzig Prozent der Juden in Basel. Die Mehrheit der Gemeindemitglieder gehörte als Fabrikanten, Kaufmänner oder Bankleute zur Mittel- und Oberschicht.<sup>54</sup> Ihre Integration in die Stadt und die Basler Gesellschaft verlief meist reibungslos.

Wesentlich schwieriger gestaltete sich die Integration der osteuropäischen Juden, die um die Jahrhundertwende nach Basel kamen.<sup>55</sup> Pogrome in Osteuropa zwangen viele zur Flucht. Für sie war Basel häufig eine Zwischenstation auf dem





**34 Blick gegen das Westplateau mit der Synagoge, Auberg und Steinenschanze. Foto: Foto Wolf, ca. 1870 (Detail).** — Die von Architekt Hermann Gauss von 1866 bis 1869 erbaute Synagoge an der Leimenstrasse war mit ihrem

Kuppelbau ein architektonischer Farbtupfer in der Stadt. Das Foto zeigt von der Heuwaage aus die neue Synagoge am Horizont. Die Kreuzung führt über den nur schwer zu erkennenden Birsig und links vorbei an der Steinenschanze.

Weg nach Westen. Mehrere Tausend Ostjuden trafen ab 1906 in der Stadt ein, wo sie sich oft einen oder mehrere Tage aufhielten. Ein Unterstützungskomitee half ihnen. Es unterhielt an der Hochstrasse nahe dem Bahnhof ein Auswanderungsbüro, geführt von Freiwilligen der IGB, wo Auswandernde Auskunft und finanzielle Unterstützung in Anspruch nehmen konnten. Einige osteuropäische Jüdinnen und Juden liessen sich in Basel nieder. 1910 lebten 454 Juden russischer und polnisch-russischer Herkunft im Kanton, was rund einem Fünftel der jüdischen Bevölkerung entsprach.<sup>56</sup> Viele wohnten aufgrund der günstigen Mieten in Kleinbasel und eröffneten an der Florastrasse auch einen Gebetsraum.<sup>57</sup> Mit ihren Bärten und Schläfenlocken fielen sie auf. Russische Hausierer waren den Behörden ein Dorn im Auge. Feindschaft gegenüber Ostjuden fand sich freilich nicht nur in der christlichen Bevölkerung; sie stiessen auch bei ansässigen Juden auf Skepsis, nicht nur aufgrund kultureller Unterschiede, sondern auch weil überdurchschnittlich viele



**35 Lithografiegeschäft von Georg Wolf am Unteren Heuberg 2. Foto: Foto Wolf, ca. 1895.** — Das Gebäude im Hintergrund diente ab 1850 als erste Synagoge. Die 1868 eröffnete neue Synagoge an der Leimenstrasse war zum Zeit-

punkt der Aufnahme bereits in Betrieb. Der Lithograf Georg Wolf gehörte 1859 zu den Gründungsmitgliedern des jüdischen Männervereins Dowor Tow.

handwerkliche Berufe ausübten. Die ansässige jüdische Bevölkerung sah durch die Ostjuden ihre mühsam erkämpfte Integration bedroht.<sup>58</sup>

### Zentren des jüdischen Lebens

Ein erstes Zentrum jüdischen Lebens bildete sich in der Altstadt rund um den Unteren Heuberg, als dort 1850 ein Warenlager in eine kleine Synagoge umgebaut wurde [35]. In der Nachbarschaft wohnte Georg Wolf-Dietisheim, der ein Lithografiegeschäft führte. Wolf war Gründungsmitglied des Männervereins Dowor Tow und einer jener Juden, die 1872 das Bürgerrecht erhalten hatten. Kaum Basler Bürger, zog er als erster Jude für die Freisinnigen in den Grossen Rat ein. Weitere Mitglieder des Männervereins wohnten ebenfalls in der Altstadt an der Hutgasse, am Spalenberg oder an der Schützenmattstrasse.



## Zentren jüdischen Lebens um 1910



**36** Jüdische Handwerkerinnen und Handwerker wohnten um 1910 hauptsächlich in der Grossbasler Altstadt, im Hegenheimerquartier und in der Umgebung der Synagoge. Grundlage für die Karte ist eine Liste von jüdischen Handwerker:innen, die der jüdische Frauenverein als Empfehlung an seine Mitglieder erstellte.

Wohnorte nach Geschlecht

● weiblich

● männlich

Der jüdische Frauenverein empfahl um 1910 jüdische Handwerkerinnen und Handwerker zur Berücksichtigung.<sup>59</sup> Die Lokalisierung der Wohnorte dieser Schuh- und Uhrenmacher, Näherinnen, Schneiderinnen, Coiffeusen und Papier- und Ölhändler macht Zentren jüdischen Lebens sichtbar. Die Wohnorte ballten sich in der Altstadt und im Hegenheimerquartier. Vereinzelte jüdische Handwerker:innen wohnten auch in Kleinbasel [36].

**Die Basler Juden  
fühlten sich  
hier zu Hause**

Die jüdische Buchhandlung Goldschmidt, 1902 vom gebürtigen Litauer Pessach Meir Goldschmidt am Heuberg eröffnet, befand sich ebenso in der Grossbasler Altstadt wie die beiden koscheren Hotels und Restaurants von Mathilde Braunschweig-Ebstein (Hotel Kahn-Braunschweig) und Elisabeth (Lisette) Simon-Wunderlin (Hotel Simon).<sup>60</sup> Hier trafen sich die jüdischen Vereine zu Versammlungen und Sitzungen. Das Hotel Kahn-Braunschweig war ein wichtiger Treffpunkt und Übernachtungsort für die Teilnehmer des ersten Zionistenkongresses, der im August 1897 in Basel stattfand. Die Regierung hatte bei der Organisation mitgeholfen, indem sie die Burgvogtei und den Musiksaal für Veranstaltungen zur Verfügung stellte. Auch die Bevölkerung reagierte überwiegend mit Sympathie. Der Zionismus und die Schaffung «einer gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina», die Theodor Herzl auf dem ersten Kongress proklamiert hatte, stiess insbesondere bei den pietistischen «Freunden Israels» auf Unterstützung.<sup>61</sup>

Die Basler Juden beeindruckte die Idee der Auswanderung nach Palästina hingegen wenig. Sie fühlten sich hier zu Hause und spürten wenig Drang, die Heimat zu verlassen. Auf grössere Gegenliebe stiess die Idee des «Muskeljudentums», die an einem Zionistenkongress in Basel von Max Nordau präsentiert worden war.<sup>62</sup> Der «neue Jude» sollte über geistige und körperliche Kraft verfügen und dazu beitragen, diskriminierende Stereotype zu überwinden. In diesem Sinn fand 1903 während eines Kongresses ein erstes internationales jüdisches Schauturnen statt. Die Basler Juden entdeckten daraufhin das Turnen: 1914 entstand der Jüdische Turnverein Basel, trainiert wurde in der Turnhalle des Leonhardschulhauses.<sup>63</sup> Damit hatte nicht nur der jüdische Sportverein einen Platz gefunden. Das jüdische Milieu mit seinen Geschäften, Institutionen und Vereinen war in der Altstadt, im Hegenheimerquartier und im Quartier um die Synagoge an der Leimenstrasse beheimatet.

## Das katholische Milieu: Prägend für Stadtleben und Stadtbild

Zwischen 1870 und 1880 wuchs das katholische Basel rasant an, die Zahl der Katholikinnen und Katholiken verdoppelte sich durch Zuwanderung auf rund 19 000 Personen. Um 1880 war beinahe ein Drittel aller Baslerinnen und Basler katholisch. Viele kamen aus Süddeutschland und Italien und gehörten oft zur sozialen Unterschicht. Hingegen waren katholische Zuwanderer aus Frankreich und der Schweiz, die bereits vor Jahrzehnten in die Stadt gekommen waren, inzwischen vermehrt Teil der Mittel- und wohlhabenden Schichten. Menschen katholischen Bekenntnisses lebten verteilt im gesamten Stadtgebiet und verfügten auch über religiöse und kulturelle Zentren.

Die Beziehung der katholischen Gemeinde zu Frankreich war bis in die 1860er-Jahre sehr eng. Der Missionsverein ‹Propagation de la foi de Lyon› unterstützte die katholische Gemeinde mit namhaften Beiträgen an die Schule, die Löhne der Seelsorgenden und Armenfürsorge.<sup>64</sup> Mindestens einer der Seelsorger der Gemeinde musste französischer Muttersprache sein, das Lehrpersonal bestand hauptsächlich aus französischen Ordensleuten. Um 1850 prägten französische Katholikinnen und Katholiken, die nach der Revolution aus dem Elsass nach Basel migriert waren, das katholische Leben Basels.<sup>65</sup> Eine französische Dynastie war die Familie Crussaire. 1862 lebten sechs Crussaire-Familien in der Stadt, die als Zuckerbäcker, Konditoren und Handelsmänner tätig waren und ihre Geschäfte in der Grossbasler Innenstadt an der Schneidergasse oder am Barfüsserplatz betrieben. Zuckerbäcker Simon Crussaire hatte zu Beginn des 19. Jahrhunderts den elsässischen Dreikönigskuchen nach Basel gebracht.<sup>66</sup> Wie alle gläubigen Katholiken besuchte die Familie Crussaire die Gottesdienste in der Clarakirche in Kleinbasel. Diese war seit 1798 das geistige Zentrum der katholischen Gemeinde [38]. Wenige hundert Meter entfernt befanden sich im Hattstätterhof und am Lindenberg das Pfarrhaus, die Knaben- und Mädchenschule und das Waisenhaus. 1858 stellten die Behörden die Clarakirche mit ihren 1500 Sitzplätzen der katholischen Gemeinde zur alleinigen Nutzung zur Verfügung. Rund ein Drittel der Plätze wurde ab 1859 bis nach dem Ersten Weltkrieg vermietet.<sup>67</sup> Mietberechtigt waren alle Gemeindeglieder, die Kirchensteuern bezahlten. Die Inhaberinnen und Inhaber der Kirchensitze, meist Frauen, wohnten 1861 über die ganze Stadt verteilt, auch an den Ausfallstrassen auf Bauernhöfen und Landsitzen.<sup>68</sup>



## Wohnadressen von Katholikinnen und Katholiken, 1861



**37** Die Inhaberinnen und Inhaber von Kirchensitzen in der Kleinbasler Clarakirche – dem damaligen Zentrum der katholischen Gemeinde – wohnten 1861 über das ganze Stadtgebiet verteilt. 350 von 378 Sitzen, die einer Adresse zugeordnet werden können, waren von Frauen gemietet, darunter viele Dienstbotinnen, die bei ihren Arbeitgebern lebten. Das katholische Basel war mehrheitlich weiblich. In der Clarakirche konnten bis in die frühen 1920er-Jahre Kirchensitze gemietet werden.

Viele Katholikinnen arbeiteten und lebten als Dienstmägde in den Häusern der Basler Oberschicht. Doch viele von ihnen mieteten auch einen Kirchensitz in der Clarakirche und blieben trotz ihres reformiert geprägten Alltags dem Glauben treu: Maria Heer beispielsweise arbeitete 1861 bei Professor Carl Steffensen-Burckhardt am Münsterplatz; Katharina Döbelin bei Leonhard Heusler-Thurneysen an der Unteren Rheingasse, Kaufmann und Vorsteher des Finanzkollegiums im Kleinen Rat; Franziska Haberthür bei Alt-Stadtrat Remigius Christ an der Rittergasse; und Anna Maria Schmidt war Köchin bei Bandfabrikant Emil Thurneysen-Merian in der St. Alban-Vorstadt. Es entsteht der Eindruck, das katholische Basel sei mehrheitlich weiblich gewesen.

### **Kaufmänner, Unternehmer, Journalisten – die katholische Elite**

Der in der Aussenwirkung wichtigste Verein war der ausschliesslich Männern vorbehaltene 1870 gegründete Katholikenverein. Die Mitglieder besprachen Gemeindeangelegenheiten und bildeten sich in gesellschaftspolitischen und kirchlichen Themen weiter. Der Verein, aus dem 1905 die Katholische Volkspartei (KVP) hervorging, vertrat die katholische Einwohnerschaft gegenüber den Behörden und der Öffentlichkeit. Gründungsmitglied Gottfried Hediger-Siegrist, Inhaber eines Speditionsgeschäfts, wurde 1886 als erster offizieller Vertreter des Vereins auf der Liste der Konservativen in den Grossen Rat gewählt. Wie Hediger-Siegrist hatten die meisten Gründungsmitglieder einen gewerblichen oder kaufmännischen Hintergrund. Hingegen waren die Ordensleute, die an der Schule oder in den sozialen Einrichtungen tätig waren, meist Frauen.

Katholische Unternehmer waren wichtige Arbeitgeber in der Stadt, nicht nur für katholische Arbeiterinnen und Arbeiter. Josef Schetty, Inhaber der Färberei Schetty & Söhne, hatte seinen Firmensitz am Claraplatz. In seiner Firma im Rappoltshof arbeiteten «Schwabenmädchen» als Mägde und Arbeiterinnen, das heisst junge Frauen aus katholischen süddeutschen Gebieten.<sup>69</sup>

Einige der katholischen Unternehmer vernetzten sich nicht nur in der Basler Geschäftswelt, sondern übernahmen auch in der katholischen Gemeinde Verantwortung. Der aus dem Badischen stammende Franz Josef Walz-Fernbach, Inhaber der Seifen- und Speiseölfabrik Walz & Eschle AG, stand von 1895 bis 1897 der Römisch-Katholischen Gemeinde (RKG) vor und war ein wichtiger Finanzgeber. Carl Gutzwiller, Gründer der gleichnamigen Bank, war ebenfalls Gemeindevorsitzender (1903–1910), Mitglied einer Zunft und ab 1905 engagierter Grossrat für die KVP. Seine Frau Emilie Gutzwiller-Meyer, die aus einer wohlhabenden



**38 Claraplatz mit der Clarakirche. Foto: Gebr. Merz, 1902.** — Der Claraplatz mit der Clarakirche war das Zentrum von Kleinbasel. Hier kreuzten sich die Wege der verschiedenen Milieus und Schichten. Interessanterweise wirbt ein Plakat auf der Litfasssäule für den Sechseläuten-Festzug in Zürich vom 21. April 1902.

Kaufmannsfamilie stammte, organisierte als Mitglied des katholischen Frauenvereins Basare, die eine wichtige Einnahmequelle für die Gemeinde waren. Als Tochter aus der katholischen Oberschicht hatte sie eine Töcherschule und ein Mädchenpensionat in Freiburg im Üechtland besucht. Im katholischen Milieu bemühte sie sich um die Emanzipation der Frauen. Dies betraf jedoch nicht die politische Gleichberechtigung, die lange für die katholischen Frauenvereine kein Thema war. Der 1912 gegründete Schweizerische Katholische Frauenbund mit Präsidentin Emilie Gutzwiller-Meyer lehnte die Einführung des Frauenstimmrechts explizit ab.





**39 Hochzeitsgesellschaft von Albert Höflinger.**  
**Foto: Jakob Höflinger, zwischen 1905 und 1914.** —  
 Der Fotograf Jakob Höflinger stammte aus dem  
 Schwarzwald und wurde 1869, zwölf Jahre nach  
 seiner Einwanderung, eingebürgert. Nach seinem  
 Tod blieb das Fotogeschäft im Familienbesitz.

Die Zugehörigkeit zum katholischen Milieu war für  
 die Familie wichtig. Das Bild zeigt die Hochzeits-  
 gesellschaft von Albert Höflinger und Familie mit  
 Constantin Weber, Pfarrer in St. Marien (vierter  
 von rechts), und Abbé Joseph Alexis Joye (auf der  
 Treppe zuoberst).

Auch Exponenten eines kulturkämpferischen und sozialpolitisch engagierten  
 Katholizismus gehörten zur Mittelschicht. Caspar Bruhin war zunächst liberaler  
 Politiker in der Innerschweiz und Staatsanwalt in Baselland. 1869 nahm er als  
 Baselbieter Vertreter des Internationalen Arbeitervereins am Arbeiterkongress in  
 Basel teil. Vier Jahre später wurde er Redaktor des neugegründeten «Basler Volks-  
 blatts», das sich als «Stimme der romtreuen Katholiken» verstand.<sup>70</sup> Bruhins Bei-  
 spiel zeigt, dass die Grenzen zwischen konfessionellem und sozialem Milieu flies-  
 send waren. Treibende Kraft des «Volksblatts» war der Baselbieter Ernst  
 Feigenwinter, der sich als Journalist und Politiker sozialpolitisch engagierte und  
 sich 1887 um die Gründung des katholischen Arbeitervereins bemühte.

Die Katholiken der Mittel- und Oberschicht waren keine politisch-kulturelle Einheit. Man traf sich etwa im 1872 gegründeten elitären Cäcilienverein zum gemeinsamen Singen oder in der Merkuria Basel, dem 1886 erfolgten Zusammenschluss katholischer Kaufleute, Beamter und Gewerbetreibender.<sup>71</sup> Man machte sich durchaus für gegensätzliche Anliegen stark. Der Verein Roma, dem auch Unternehmer angehörten, setzte sich in den 1880er-Jahren für kurze Zeit für eine gesetzliche Integration der RKG und gegen einen katholischen Kirchenbau in Grossbasel ein, stand damit aber auf einer Aussenseiterposition.<sup>72</sup>

### **Das Milieu als Haltgeber gegen säkulare Bedrohungen**

Die Katholikinnen und Katholiken in Basel gehörten als konfessionelle Minderheit einer Diaspora-Gemeinde an.<sup>73</sup> Die behördliche Mitsprache bei der Pfarrwahl oder das Verbot des Glockenläutens hinterliessen bei vielen ein Gefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein. Allerdings stiessen die freisinnigen Bemühungen, mit der öffentlich-rechtlichen Anerkennung das Verhältnis von Kirche und Staat in der neuen Kantonsverfassung 1875 zu bereinigen, bei der katholischen Gemeinde auf heftigen Widerstand. Sie lehnte demokratische Kirchenstrukturen ab und sah durch die drohende staatliche Aufsicht ihre Glaubensfreiheit verletzt. In der Folge konstituierte sie sich als Verein.

Die katholische Kirche fühlte sich aber nicht nur durch staatliche Vereinnahmungsversuche bedroht, sondern genauso durch Industrialisierung und Säkularisierung. Die Moderne führte, so die Annahme, zur Entfremdung von der Kirche sowie zur Politisierung der Arbeiterschaft, zu der in Basel viele Katholikinnen und Katholiken zählten. Die Kirchenvertreter propagierten deshalb die Rückbesinnung auf die katholische Lebenswelt mit ihrem Vereinswesen [40]. Die Vereine strukturierten sich nach Alter und Geschlecht.<sup>74</sup> Religiöse und berufliche Bildung, die Bindung an die katholische Kirche, Unterhaltung und Geselligkeit waren ihre Hauptanliegen. In der Regel sass ein Vertreter der Seelsorge, ein Vikar oder der Pfarrer, als offizieller Kirchenvertreter im Vorstand. Wichtiger Veranstaltungsort für die Vereine war neben den gemeindeeigenen Gebäuden der ‹Basler Hof› an der Clarastrasse.<sup>75</sup>

Über die Religiosität entstand eine gewisse Nähe zu pietistischen Kreisen und politisch zu den Konservativen. Katholiken und Protestanten seien Brüder im Geiste, schrieb die konservative Presse.<sup>76</sup> Für die katholische Gemeinde war es ein wichtiges Anliegen, Handwerker und Arbeiterinnen nicht an den Freisinn und die Sozialdemokratie zu verlieren. Immerhin fünfzehn Prozent der führenden



**40 Mitglieder der Familie Höflinger auf Wallfahrt in Mariastein. Foto: Jakob Höflinger, zwischen 1907 und 1914.** — Mariastein war ein wichtiger Ort für die Basler Katholik:innen. Als das Kloster 1874 in der Folge des Kulturkampfes aufgehoben wurde, zogen einige Mönche kurzzeitig nach Basel. Katholische Vereine wie der Jünglingsverein St. Clara organisierten jährliche Wallfahrten nach Mariastein.

Sozialdemokraten zwischen 1886 und 1914 waren Katholiken.<sup>77</sup> Im Vergleich zum Freisinn oder zu den Konservativen engagierten sich überdurchschnittlich viele Katholiken für die Sozialdemokraten. Katholiken vor der Sozialdemokratie zu «bewahren» war deshalb eines der Ziele des Gesellenvereins. Der 1859 gegründete Verein – einer der ältesten katholischen Vereine überhaupt – übernahm die Aufgabe, Handwerker zu unterstützen. So sollte etwa vereinsinterne berufliche Weiterbildung vor Arbeitslosigkeit schützen. Die grosse Bedeutung der Vereine für das katholische Milieu veranschaulicht die Aussage, die Pfarrer Burkard Jurt (vgl. S. 96) in den späten 1880er-Jahren an einer Veranstaltung des Gesellenvereins gemacht haben soll: Der Gesellenverein sei die «Infanterie», der Katholikenverein die «Artillerie» und der Jünglingsverein die «Kavallerie» des katholischen Basel.<sup>78</sup>





**41 Turm der Marienkirche im Bau. Foto (Original beschädigt): Jakob Koch, ca. 1886.** — Mehrere Männer (vielleicht Bauarbeiter, Bauleiter oder Auftraggeber) posieren auf dem Turm der Marienkirche, die 1886 fertiggestellt wurde. Sie war der erste katholische Kirchenneubau in Basel seit der Reformation.

### **Neue katholische Kirchenbauten für die Stadt**

Neben Vereinen zählten auch Institutionen insbesondere im sozialen Bereich zum katholischen Milieu. Getragen wurden diese Einrichtungen durch die Schwestern, Patres und Brüder der katholischen Orden und Kongregationen, die in Basel ansässig waren.<sup>79</sup> So führte etwa die Gemeinde nach bescheidenen Anfängen der Krankenpflege am Lindenberg ein eigenes Spital an der Hammerstrasse. Ebenfalls in Kleinbasel befanden sich soziale Einrichtungen für Dienstbotinnen und Arbeiterinnen.

Das Anwachsen der katholischen Bevölkerung verlangte noch vor der Jahrhundertwende den Ausbau der Strukturen der RKG. Es zeichnete sich ab, dass der Pfarrer und die Vikare der Clarakirche für Taufen, Trauungen, Krankenbesuche,



**42 Postkarte «Basels Römisch-Katholische Kirchen», ca. 1912.** — Die Postkarte zeigt die vier Kirchen, die bis 1912 den katholischen Gemeinden überlassen oder neu gebaut wurden. Von unten rechts im Uhrzeigersinn: St. Clara (1858), St. Marien (1886), St. Joseph (1902) und Heiliggeist (1912).

Beerdigungen, Erstkommunionen und die Seelsorge Entlastung brauchten. Auch wurden für die Kirchgänger und Gottesdienstbesucherinnen die Wege zur Clara-kirche immer länger. Deshalb war die Erschliessung der Stadt mit neuen katholischen Gemeinden nötig. Mit der Eröffnung der Marienkirche [41] im Jahr 1886 an der Holbeinstrasse entstand ein neues katholisches Zentrum in Grossbasel, das in der Nähe der Synagoge lag. Für den Bau hatte die RKG ein Legat von Emilie Linder einsetzen können. Die Malerin, Kunstsammlerin und Mäzenin stammte aus der Basler Oberschicht, lernte während ihres Studiums in München den Katholizismus kennen und konvertierte 1843.<sup>80</sup> Da sich die Universität im Einzugsgebiet der neuen Marienkirche befand, entwickelte die katholische Studentenschaft eine enge Beziehung zu dieser Kirche. Zum neuen Zentrum gehörte auch das Borromäum, das ab 1898 zu einem wichtigen Treffpunkt für die katholische Jugend wurde. Es beherbergte das Vinzentianum, ein Waisenhaus für Knaben, sowie Lokale für den Jugendverein St. Marien. Der Jesuit und Jugendseelsorger Abbé Joseph Alexis Joye [39], der in seinen Anfängen Seelsorger für französischsprachige Katholiken gewesen war, führte hier an Sonn- und Feiertagen Lichtbilder und ab 1901 Filme vor.<sup>81</sup> Abbé Joye gilt als einer der grossen Filmpioniere der Schweiz. Gezeigt wurden Reisereportagen, biblische Szenen oder kleine Spielfilme.

Der Bau der Marienkirche war für die RKG die erste Etappe der kirchenbaulichen Erschliessung der Stadt. Mit Weitblick hatte die RKG bereits 1894 im Bläsiquartier in Kleinbasel und 1897 hinter dem Bahnhof in Grossbasel Land gekauft. 1902 erhielten das Bläsi- mit der Josephskirche und 1912 das Gundeldingerquartier mit der Heiliggeistkirche eigene katholische Kirchen. Mit der 1894 erbauten Matthäuskirche, die über den höchsten Kirchturm der Stadt verfügt, markierte auch die evangelisch-reformierte Kirche ihre Präsenz im schnell wachsenden Kleinbasler Arbeiterquartier. Die vier katholischen Kirchen entwickelten ein eigenständiges Gemeindeleben, blieben bis 1918 aber offiziell *Dépendancen* der Clara-kirche. Für die Italienerinnen und Italiener gab es seit 1897 eine eigene Seelsorge in St. Clara. Die später eingerichtete italienische Mission führte ihre Gottesdienste im Borromäum durch und unterhielt ein eigenes Lokal für den Religionsunterricht sowie ein Arbeitersekretariat. Ausserdem beschäftigte sie Ordensschwestern für die Krankenpflege und die Betreuung eines Kinderheims.<sup>82</sup> Die vier Kirchen waren für die Seelsorge von rund 45 000 Katholik:innen zuständig. Alle Gemeinden entwickelten eigene Strukturen mit Seelsorgern und Vereinen. Die katholische Gemeinde hatte zu Beginn des 20. Jahrhunderts ihre Sichtbarkeit in der Stadt markant verstärkt. Noch aber war sie zu schwach, um ihre Grenzen zu überwinden und sich der protestantisch geprägten Stadt zu öffnen.



## «Monsignore Stadtpfarrer»: Der konservative Mann auf der Kanzel

Adolf Christ, Mitglied des Kleinen Rats und Vortsteher des Kirchen- und Schulkollegiums, sorgte sich um den konfessionellen Frieden in Basel. Könnte der von den Katholiken vorgeschlagene neue Pfarrer, der Luzerner Burkard Jurt, eine Bedrohung werden? Christ holte mehrere Meinungen ein. Felix Schneider, Basler und reformierter Pfarrer im katholischen Luzern, und der Luzerner Politiker und Historiker Philipp Anton von Segesser teilten ihm mit, dass Jurt zwar ein gestrenger konservativer Geistlicher sei, aber keine Gefahr für den konfessionellen Frieden darstelle.<sup>83</sup> Diese Abklärung schien nötig, denn Burkard Jurt war während des Sonderbunds-kriegs Sekretär des Generalstabs der katholischen Truppen gewesen. Der Kleine und der Grosse Rat gaben im Januar 1858 ihre Zustimmung zur Wahl.

In Basel taten sich für Jurt bald Gräben auf. Mit dem freisinnigen Politiker Wilhelm Klein (vgl. S. 124 ff.) trat ihm ein Mann gegenüber, der bereits im Sonderbundskrieg als Soldat auf der anderen Seite gestanden hatte.<sup>84</sup> Kein Wunder, geriet Jurt, der sich für das Selbstbewusstsein der Katholiken engagierte, ins Visier der freisinnigen Presse. Eine Predigt gegen interkonfessionelle Ehen führte 1862 zu einer Petition an die Regierung. Jurts Rede sei ein «gelungenes Meisterwerk geistlicher Intoleranz» gewesen, schrieben die «Basler Nachrichten».<sup>85</sup> Er warnte weiter vor den «falschen Propheten des Fortschritts» und bewarb die katholische Kirche als Ort, der in unruhigen Zeiten Trost spende.<sup>86</sup>

Gottgegeben sei auch die soziale Stellung der Arbeiterschaft. Von der rechtlichen Integration der katholischen Kirche hielt er nichts. «Lieber arm und frei, als in goldenen Ketten», soll er jenen gesagt haben, die sich dafür einsetzten.<sup>87</sup> Als «Monsignore Stadtpfarrer» Jurt 1900 im Amt starb, war die Trauer bei den Katholiken gross.<sup>88</sup> Burkard Jurt hatte mehrere Generationen von Katholikinnen und Katholiken getauft, verheiratet und beerdigt, sie religiös, kulturell und sozialpolitisch geprägt.



43 Burkard Jurt. Foto: Jakob Höflinger, zwischen 1885 und 1895.

## Lebenswelten der Arbeiterschaft: Prekäre Verhältnisse in der «Stadt der Arbeiter»

Basel wurde im 19. Jahrhundert zu einer «Stadt der Arbeiter».<sup>89</sup> Über fünfzig Prozent der männlichen und beinahe vierzig Prozent der weiblichen Erwerbstätigen gehörten um 1910 dieser sozialen Schicht an. Die Arbeiterschaft bestand dabei zur Hälfte aus Frauen und Männern, die in der Fabrik arbeiteten – 1900 zählte Basel rund 14 000 Fabrikarbeiter und 1400 Chemiarbeiter.<sup>90</sup> Zum Arbeitermilieu gehörten aber auch Tausende von Menschen, die auf dem Bau, in öffentlichen Betrieben, als Handwerksgesellen oder Dienstbotinnen und Dienstboten arbeiteten. Auch Wäscherinnen, Putzfrauen und Arbeiterinnen in Gaststätten, Coiffeursalons und Nähateliers zählten zur Arbeiterschaft.

In ihrer sozialen Zusammensetzung war die Arbeiterschaft deutlich homogener als das katholische und das jüdische Milieu. Arbeiterinnen und Arbeiter gehörten aber verschiedenen Religionen an und unterschieden sich durch ihre geografische Herkunft, ihr Einkommen und das soziale Umfeld. Die Lebensverhältnisse einer Magd in einer Arbeiterfamilie etwa waren deutlich prekärer als jene einer Köchin in einem bürgerlichen Haushalt.<sup>91</sup> Es gab Arbeiterinnen- und Arbeitervereine, die wichtig waren für den sozialen und kulturellen Austausch, sich aber in erster Linie politisch verstanden.

### **Breite und Horburg: Neue Quartiere für die Arbeiterschaft**

Im späten 19. Jahrhundert entwickelten sich das Breitequartier in Grossbasel und die neuen Quartiere in Kleinbasel zu Arbeiterquartieren. Insbesondere im Kleinbasler Horburgquartier mit seinen Fabriken boten die Nähe zum Arbeitsort und das grosszügig vorhandene Terrain günstige Voraussetzungen für eine bauliche Stadterweiterung. Neuer Wohnraum war gefragt, denn die Verhältnisse in der Altstadt wurden immer prekärer. Das hatte den sozialdemokratischen Arbeiterverein 1872 dazu bewogen, die Regierung mit einer Petition zum Bau von Arbeiterwohnungen aufzufordern. Diese wollte das Feld aber den Privaten überlassen. Bereits in den 1850er-Jahren hatte die Gesellschaft für das Gute und Gemeinnützige (GGG) in der Breite und 1871 im Bachlettenquartier Häuser und Wohnungen für Arbeiter gebaut, die aber zu keiner Entlastung geführt hatten. Auch einzelne Firmen, beispielsweise die Seidenbandfirma Franz Sarasin und die Florettspinnerei Ryhiner und Söhne oder die Chemiefabrik J. R. Geigy, bauten Arbeiterhäuser.<sup>92</sup>





**44** **Übersichtsplan über die Hauptstandorte von sozialen Gruppen der Bevölkerung der Stadt Basel, Lithografie, 1910.** — Der Plan wertete die Volkszählung und die Mietpreiserhebung von 1910 aus. Gelb markiert sind die Wohngebiete der «ökonomisch schwachen»,

blau jene der «ökonomisch starken» Bevölkerung. In den rot und grün markierten Wohngebieten ist der Mittelstand zu Hause. Im weissen Bereich, im Gebiet der Altstadt, liess die soziale Durchmischung keine Kategorisierung zu.

Versuche der Arbeiterbewegung, mit Baugesellschaften günstigen Wohnraum zu schaffen, scheiterten hingegen. Der Grund für den Misserfolg war, dass die zum Kauf angebotenen Häuser für die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter unerschwinglich blieben. Hinzu kam, dass viele nicht an einer langfristigen Unterkunft interessiert waren, sondern nur vorübergehend ein Zimmer oder sogar nur ein Bett mieten wollten. Erst die erhöhte Bautätigkeit nach 1890 und die Etablierung des Wohngesetzes von 1907 mit Vorschriften zur Hygiene und Raumgrösse linderten die Wohnungsnot. Die Arbeiterschaft zog in die neuen Häuser und prägte die Quartiere. 1911 zählten knapp siebenzig Prozent der Bewohnerinnen und Bewohner des Horburgquartiers zur Arbeiterschaft [44].<sup>93</sup>

### **Dunkel, stickig, überbelegt: Prekäre Wohnverhältnisse**

Die Kleinbasler Familie N. lebte in prekären Verhältnissen. Sie war eine von zehn Familien, die Karl Landolt für seine Studie zu den Basler Arbeiterhaushaltungen von April 1889 bis März 1890 regelmässig besuchte. Akribisch hielt er ihre Wohn- und Lebensverhältnisse fest.<sup>94</sup> Familienvater N. (39) arbeitete als Flickschuster, seine Frau (40), die als Dienstmagd aus dem Elsass nach Basel gekommen war, brachte als Putzerin und Wäscherin den gleichen Lohn nach Hause, obwohl sie weniger arbeitete. Das Ehepaar hatte drei Töchter (neun, acht und sechs Jahre alt) und zwei Söhne (vier Jahre und wenige Monate alt). Wenn die Frau arbeitete, übernahm der Mann die Zubereitung des Essens. Obwohl die finanziellen Verhältnisse kaum zum Überleben reichten, stellte die Familie eine Magd für die Kinderbetreuung ein. Die Wohnverhältnisse in einer «sehr dunklen Gasse» waren prekär. Die Wohnung bestand aus drei Zimmern mit Küche, aber ohne Toilette. Die Familie benutzte zwei Zimmer als Wohn- und Arbeitszimmer. Das dritte Zimmer vermietete sie für dringend nötige Bareinnahmen.

**Die Wohnung  
war blosser Obdach  
und Nachtlager**

Vielen Arbeiterfamilien erging es wie Familie N. Je grösser eine Familie war, desto weniger Geld blieb für die Wohnung übrig und desto mehr Personen mussten sich ein Zimmer oder ein Bett teilen. Die Wohnung wurde zum blossen Obdach und Nachtlager. Um aus diesem «Teufelskreis des Elends» auszubrechen, wurden viele Kinder in fremden Familien untergebracht.<sup>95</sup> 1889 lebten 574 Kost- und Pflegekinder in 487 Haushaltungen.<sup>96</sup> 1906 stellte das Sanitätsdepartement eine Konzentration der Pflegefamilien in den Kleinbasler Arbeiterquartieren Matthäus, Klybeck und Rosental fest.<sup>97</sup> Die engen, baufälligen Wohnungen, oft ohne Toilette und ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser, waren schlecht für die

Gesundheit. Auch hygienisch mangelhafte Bedingungen am Arbeitsplatz schaden dem körperlichen Wohlbefinden der Arbeiterschaft. Lange Arbeitszeiten und der Mangel an beruflichen Alternativen wegen fehlender oder schlechter Bildung trieben viele in den Alkoholismus. Die Wirtschaft war dabei vor allem für die Männer ein Fluchort. Weil in vielen Wohnungen keine Küche vorhanden war, verpflegte sich oft die ganze Familie im Wirtshaus. Dieses war ein wichtiger sozialer und politischer Treffpunkt für die Arbeiterschaft und die Arbeiterbewegung. Zahlreiche Wirte engagierten sich politisch im Arbeiterbund. Gleichzeitig sagten Exponenten wie Arbeitersekretär Nicolai Wassilieff dem Alkoholkonsum in der Arbeiterschaft den Kampf an.<sup>98</sup>

Karl Büchers Wohnungsenquête von 1889 bestätigte die prekären Wohnverhältnisse. Die Untersuchung zählte 5154 Häuser mit 15 127 Haushaltungen. Dabei wurden die Verhältnisse in rund 3600 Häusern – davon 1100 in Klein- und 2500 in Grossbasel – genauer untersucht.<sup>99</sup> Die Studie zeigte, dass vor allem in Kleinbasel zahlreiche Wohnungen überbelegt, schlecht beleuchtet und durchlüftet sowie die hygienischen Bedingungen teilweise gesundheitsschädigend waren. Die Grossbasler Altstadt war sogar am «Verslumen».<sup>100</sup> Angesichts der Ergebnisse war es nicht erstaunlich, dass die Untersuchung auf konservativer Seite auf Vorbehalte stiess. Man war sich ihrer politischen Sprengkraft bewusst. Ein Mitglied der Kommission, welche die Untersuchung begleitete, soll zu Bücher gesagt haben: «Und das alles wollen Sie veröffentlichen! Sie hinterlassen uns die Revolution!»<sup>101</sup> Tatsächlich bestand grosses politisches Interesse an der Untersuchung. Der SP-Grossrat und Präsident des Mietervereins Wilhelm Arnold als Initiant der Enquête war der Meinung, der Staat habe den Wohnungsbau den Privaten überlassen, die kein Interesse an günstigen Mieten und sauberen Wohnverhältnissen zeigten: «Was nützen den Kindern des Proletariats die schönen, gesund eingerichteten Schulhausbauten unserer Stadt, wenn sie in der elterlichen Wohnung in dumpfer, schlechter Luft leben müssen?»<sup>102</sup>

### **Zitternde Kinder: Hysterie oder schlechte hygienische Zustände?**

Unter den schlechten Wohnverhältnissen litten besonders Kinder. Sie waren häufig krank, wie die Untersuchung der Arbeitshaushaltungen 1889/90 festhielt.<sup>103</sup> Augenscheinlich wurde dies etwa im Claraschulhaus in Kleinbasel, das ab 1891 für rund zwei Jahre Schauplatz einer Chorea-Epidemie unter Schülerinnen der Primar- und Sekundarschule wurde, die sich in Zitteranfällen äusserte.<sup>104</sup> Solche Epidemien trafen damals die Arbeiterschaft in mehreren europäischen Städten. Die 12 ½-jährige





**45 Mädchen aus dem Bläsiquartier bei der Einweihung des Badischen Bahnhofs vor dem Haupteingang, 1913.** — Am 7. September 1913 fand zur Freude der Kleinbasler Bevölkerung ein Volksfest zur Einweihung des neuen Badischen Bahnhofs statt. Das Foto stammt aus

einem Privatarchiv und ist beschriftet mit: «Bad: Bahnhof-Einweihung v. äusser. Bläsiquartier-Verein 7.IX.1913». Die Mädchengruppe, die sich vor dem Haupteingang für den Fotografen aufgestellt hat, ist nicht näher bestimmt.

Mina H. war im Spätsommer 1891 die erste Betroffene. Nach mehreren Zitteranfällen an beiden Armen und Beinen wurde sie für mehrere Wochen in eine «Erholungsstation» nach Langenbruck geschickt. Diese war 1884 von einer privaten Kommission für erholungsbedürftige Kinder für «schwächliche Stadtkinder» errichtet worden.<sup>105</sup> Nach ihrer Rückkehr an die Schule erlitt sie allerdings einen Rückfall. Bis Weihnachten 1891 zeigten weitere Mädchen Symptome, Ende des Schuljahres im März 1892 war über die Hälfte der 44 Schülerinnen in Minas Klasse betroffen. Die Epidemie griff auf weitere Klassen über. Bis 1893 litten insgesamt 62 Schülerinnen an Zitteranfällen. Sie dauerten von wenigen Minuten bis zu mehreren Stunden. Manche Mädchen hatten einen Anfall pro Woche, andere mehrere Anfälle täglich. Die ärztliche Diagnose bei solchen Epidemien war häufig «Hysterie». Heutige Einschätzungen gehen davon aus, dass es sich um Streptokokken-Infektionen handelte, die primär eine Folge der schlechten hygienischen Verhältnisse waren.

Die Mehrheit der betroffenen Schülerinnen stammte aus ärmlichen Verhältnissen. Die 13-jährige Rosa W. beispielsweise lebte allein mit ihrer Mutter, die in einer Fabrik arbeitete und häufig von Kopf- und Rückenschmerzen geplagt wurde. Als Kind litt Rosa an einer Nasen-Rachen- und einer Lungenentzündung.

Auf Vorschlag des Schularztes führte die Claraschule im Sommer 1892 strenge Regeln ein, um die Epidemie in den Griff zu bekommen. Hatte ein Kind einen Anfall, wurde es nach Hause geschickt. Es durfte erst wieder zur Schule kommen, wenn es über mehrere Tage symptomfrei gewesen war. Ein ‹geheiltes› Kind wurde für drei Wochen vom Turn-, Schreib- und Handarbeitsunterricht dispensiert. Zugleich wurden die Eltern in einem Rundschreiben gebeten, die Kinder vor Aufregung und Anstrengung zu bewahren. Wichtig für die verbesserte Lage waren aber insbesondere die Regelungen, Kinder aus ärmeren Verhältnissen auf Schulkosten zu ernähren sowie die Ernährung über die Ferien auszudehnen und mit Spaziergängen und Spielen im Freien zu verbinden. Nachdem die Gesundheitsbehörden die prekären Lebensverhältnisse der Arbeiterkinder verbessert hatten, klang die Epidemie ab. Die Sensibilisierung der Behörden für die Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft, eine Grundvoraussetzung für deren Verbesserung, war die Folge von statistischen Erhebungen und wissenschaftlichen Untersuchungen.

### **Von grundlegender Bedeutung: Die Erwerbstätigkeit der Frauen**

Sehr viele Frauen waren in Fabriken arbeitstätig und stellten dort die Mehrheit der Arbeiterschaft. Sie trugen die Verantwortung für den Haushalt und die Kinderbetreuung und leisteten einen existenziellen Beitrag an den Unterhalt der Familie. Die Untersuchung von 1889/90 erbrachte den Befund, dass keine der Familien ausschliesslich vom Lohn des Mannes leben konnte.<sup>106</sup> Ihre Erwerbstätigkeit ermöglichte den Frauen zumindest teilweise eine eigenständige Lebensgestaltung und gab ihnen Handlungsspielraum in Konfliktsituationen, etwa bei Scheidungen.<sup>107</sup> Wobei eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Arbeit, die für eine spürbare Entlastung der prekären Lebensverhältnisse gesorgt hätte, lange Zeit kein politisches Ziel der Arbeiterbewegung in Basel war. Das Rollenbild der Frau und der Familie wurde nicht infrage gestellt. Entsprechend verpflichtete das eidgenössische Fabrikgesetz von 1877 die Arbeitgeber, Frauen auf Verlangen eine längere Mittagspause für Besorgungen im Haushalt zu gewähren.

Frauen organisierten sich in gewerkschaftlichen Vereinen. 1891 entstand ein Verein für die Schneiderinnen und Weissnäherinnen, der sich unter anderem um die Vermittlung von Heimarbeit bemühte, und 1900 der Stauffacherinnenverein,





**46 Sophie Arnold-Zurbrugg auf einem Bild aus der Zeitschrift «Frauenwelt. Schweizerische illustrierte Monatsschrift für Frauen» von 1939.** — Sophie Arnold-Zurbrugg arbeitete als Magd, Fabrikarbeiterin, Wäscherin und Näherin, war Mitgründerin von Arbeiterinnenvereinen und gilt als Pionierin der Arbeiterbewegung.



**47 Maria Tabitha Schaffner, undatiert.** — Maria Tabitha Schaffner setzte sich als Mitarbeiterin des Gewerbeinspektorats wissenschaftlich mit dem Schicksal der Arbeiterinnen auseinander und war auch publizistisch tätig. Ihre Untersuchung über «Die städtischen Heimarbeiter der Basler Seidenband-Industrie» (um 1910) analysierte in erster Linie statistische Angaben, während sie sich in «Die Not des weiblichen Proletariats» von 1912 politisch äusserte.

der sich nach der sagenhaften Frauenfigur der Stauffacherin, einer Kämpferin für die Freiheit der Eidgenossenschaft, benannte.<sup>108</sup> In beiden Vereinen engagiert war Sophie Arnold-Zurbrugg [46]. Sie hatte vor ihrer Ehe mit dem Arbeiterpolitiker Wilhelm Arnold als Fabrikarbeiterin in Basel und als Magd in der Innerschweiz gearbeitet. Die mehrfache Mutter war als Wäscherin und Näherin tätig, gab Nähkurse, produzierte in der Wohnung Hemden und vertrat die Frauen jahrelang im Vorstand des Arbeiterbundes.<sup>109</sup>

Auch Maria Tabitha Schaffner [47] war Mitglied des Stauffacherinnenvereins. Sie stand der religiös-sozialen Arbeiterbewegung nahe, die wesentlich von Leonhard Ragaz, seit 1902 zweiter Pfarrer am Basler Münster, geprägt wurde. Als Assistentin des Gewerbeinspektors beschäftigte sie sich mit den Verhältnissen in der Arbeiterschaft und publizierte ihre Ergebnisse in Vorträgen und Schriften. Wäh-



**48 Einkaufsladen am Marktplatz 24. Foto: Foto Wolf, ca. 1898.** — Eine Magd steht mit vollem Einkaufskorb vor dem Verkaufsfenster des auf Mehlgewaren spezialisierten Geschäfts M. Geiger-Miville am Marktplatz. Hinter dem Fenster liegen die Waren offen zum Verkauf aus und werden von der Verkäuferin verpackt.

rend das Werk *«Die städtischen Heimarbeiter der Basler Seidenband-Industrie»* (um 1910) vor allem eine statistische Arbeit war, äusserte sie sich in *«Die Not des weiblichen Proletariats»* von 1912 politisch. Sie führte die Verarmung der Arbeiterschaft auf die ungerechte Verteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern zurück.<sup>110</sup> Für Schaffner war klar, dass die *«proletarische Not»* nur durch Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhungen verringert und durch mehr Rechte für Frauen, Mütter und Kinder erreicht werden konnte. Die private Wohltätigkeit und Fürsorge sei nur *«wie ein Pflaster auf eine Wunde»*. Es brauche zusätzliche Staats- und Selbsthilfe.

Die Kinder berufstätiger Eltern wurden oft von älteren Geschwistern, Grossmüttern oder Nachbarinnen beaufsichtigt oder waren sich selbst überlassen. Wenn es sich die Familie leisten konnte, stellte sie eine Diensthilfe ein.

Dienstbotinnen arbeiteten in der Regel jedoch in Haushalten der Mittel- und Oberschicht. 1910 waren in rund 5700 Haushalten Köchinnen, Kindermädchen oder Dienstmägde angestellt.<sup>111</sup> Wenn sie nicht bei ihren Arbeitgebern lebten, wohnten sie als Kost- und Schlafgängerinnen in beengten Verhältnissen in Wohnungen in den Arbeiterquartieren. Das Fehlen einer Intimsphäre war ein Merkmal des Arbeitermilieus.

### Die Deutsche Turnerschaft Basel

Turnen war im 19. Jahrhundert zunächst ein bürgerlicher Sport. Durch die körperliche Betätigung sollten junge Männer zu «guten Patrioten» erzogen werden. Eine Hochphase erlebte das Turnen in Basel ab den späten 1870er-Jahren mit der Gründung von mehreren Turnvereinen wie dem TV Kleinbasel oder dem TV Breite sowie der Durchführung des Eidgenössischen Turnfests 1886 und des Eidgenössischen Schwing- und Älplerfests 1898.

In der Arbeiterbewegung trafen sich bereits in den 1860er-Jahren Männer zum Turnen. Sie kamen nach der Gründung der Deutschen Turnerschaft Basel 1862, einer Sektion des Deutschen Arbeitervereins, jeden Freitag zu einer obligatorischen und am Sonntagnachmittag zu einer freiwilligen Turnstunde zusammen.<sup>112</sup> Am Samstagabend traf man sich zur gemeinsamen Lektüre etwa der «Turnzeitung» – die Bibliothek des Deutschen Arbeitervereins umfasste um 1900 rund tausend Bücher und zwanzig abonnierte Zeitungen – oder einfach zum geselligen Beisammensein.<sup>113</sup>

Die Aktivitäten schiefen nach dem Deutsch-Französischen Krieg vorübergehend ein, ab 1875 wurde unter dem Namen Deutscher Turnverein wieder körperliche Ertüchtigung betrieben. Die Männer nahmen an Wettkämpfen wie den Eidgenössischen Turnfesten teil und massen sich im klassischen Tenue mit weissem

Hemd und weisser Hose mit den Turnern aus der ganzen Schweiz. Während des Ersten Weltkriegs, 1917, lösten sich die Turner vom Deutschen Arbeiterverein und nannten sich neu Arbeiterturnverein Basel-Stadt (ATV).



49 Festkarte des Schwingfests beider Basel, Lithografie, 1908.

## Annäherung trotz Konflikten: Religiöse und kulturkämpferische Spannungen

Die zunehmende religiöse, kulturelle, soziale und ethnische Heterogenität der Stadtbevölkerung führte zu Reibungen – der soziale Wandel war für das protestantische Basel herausfordernd. Behörden und Regierung nahmen die rechtliche Gleichstellung nur zögerlich in Angriff und liessen die neuen Milieus spüren, dass sie die Mehrheitsgesellschaft für moralisch überlegen hielten. Teile der Bevölkerung standen den neuen Einwohnerinnen und Einwohnern mehr oder weniger offen mit Distanz und Abwehr gegenüber. Freilich zeigten sich kulturkämpferische und religiöse Spannungen nicht nur in Konflikten der Mehrheitsgesellschaft mit den Milieus, sondern auch in den einzelnen Milieus selbst und über die Milieugrenzen hinweg.

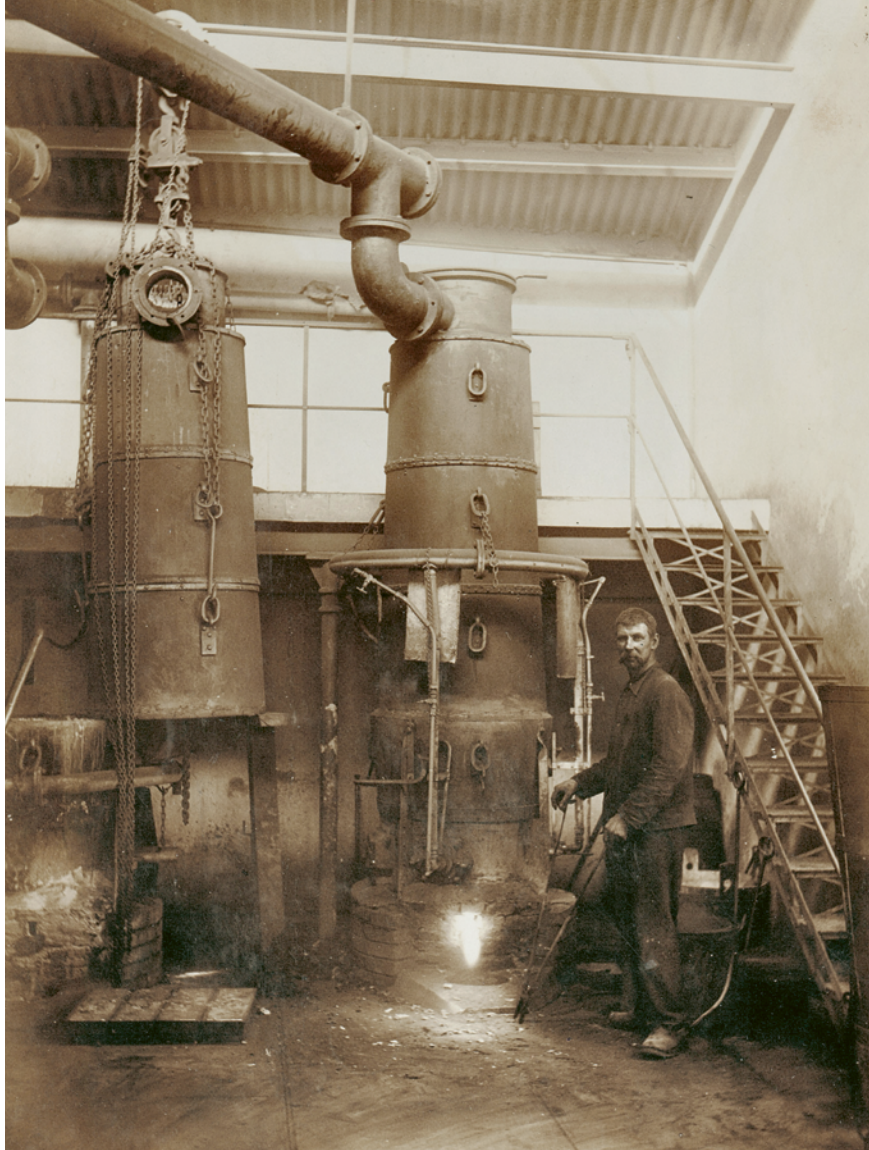
### Innerreligiöse Richtungskämpfe

Die Wahrung der konfessionellen Einheit war ein wichtiges Ziel protestantischer Politik.<sup>144</sup> Andere Glaubensrichtungen stiessen deshalb auf Skepsis. Auch die «gottlose» Arbeiterschaft wirkte bedrohlich. Als Reaktion auf die Säkularisierung entstand die pietistische Stadtmission, die sich vor allem um das seelische Befinden der Arbeiterschaft kümmerte. Mit dem Erstarken des Freisinns verstärkte sich die Verschiebung der Religion vom Öffentlichen ins Private. Religion sollte privat gelebt werden. Freisinnige Gläubige trugen die neuen liberalen und freiheitlichen Ideen in die religiösen Milieus und lösten dort Richtungskämpfe zwischen fortschrittlichen und bewahrenden Kräften aus.

In der evangelisch-reformierten Kirche wehrten sich konservative Kreise lange dagegen, das Stimmrecht bei Pfarrwahlen auf zugezogene Schweizer Bürger auszudehnen. Deshalb entstand eine freisinnig orientierte kirchliche Reformbewegung, die sich auch als Gegenbewegung zum orthodoxen Pietismus verstand. Die Kirchenverfassung von 1874 entmachtete den Grossen Rat, der bisher die Kompetenz in kirchlichen Angelegenheiten innegehabt hatte. Neu war die Synode als Kirchenparlament zuständig. Die Gemeinden erhielten Kirchenvorstände, die Schweizer Niedergelassenen offenstanden. Im gleichen Jahr trat in der Leonhardsgemeinde mit dem Ostschweizer Alfred Altherr der erste Reformpfarrer sein Amt an. Die neue liberale Theologie vermochte auch religiös gesinnte Arbeiterinnen und Arbeiter anzusprechen. Die religiös-soziale Bewegung war in Basel präsent.<sup>145</sup>



**50 Arbeiter in der Färberei Schetty am Rappoltshof, ca. 1903.** — 1903 veröffentlichte die Schetty AG eine Gedenkschrift zum fünfzigjährigen Bestehen der Seiden- und Baumwollfärberei Joseph Schetty & Söhne mit Bildern aus dem Innern der Fabrik. Aus dieser Serie stammt auch die Aufnahme des Arbeiters, der mit einer Zange posiert.



1909 wurde auf sozialdemokratischen Vorschlag mit Rudolf Liechtenhan ein aus der Basler Oberschicht stammender religiöser Sozialist zum Pfarrer an die Kleinbasler Matthäuskirche gewählt. Drei Jahre später bildete sich der Verein sozialdemokratischer Kirchengenossen, der an den Wahlen in die Kirchensynode teilnahm.

Spannungen zwischen liberalen und konservativen Kräften traten auch in der katholischen Kirche auf. Romtreue, als «ultramontan» bezeichnete Katholiken standen liberalen Kreisen gegenüber, die sich in die Basler Gesellschaft integrieren wollten. Zum Auslöser einer innerkatholischen Zerreißprobe wurde das Erste

Vatikanische Konzil von 1869/70, das eine rückwärtsgewandte Reaktion auf Säkularisierung und Liberalismus war. Das Konzil beschloss die Unfehlbarkeit des Papstes in Fragen der Glaubens- und Sittenlehre und gab ihm das Recht, direkt in alle Bistümer einzugreifen. Liberale Basler Katholiken verweigerten diesen Vorgaben die Gefolgschaft, schlossen sich im Verein freisinniger Katholiken zusammen und spalteten sich als Christkatholische Kirche ab. 1878 erhielt diese «altkatholische» Kirche mit ihren rund zweitausend Mitgliedern den Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, wie ihn die evangelisch-reformierte Kirche besass, und ein Jahr später Gastrecht in der Predigerkirche. Prominent in Erscheinung traten die Christkatholiken mit Rudolf Philippi, einem Kaufmann und gebürtigen Frankfurter. Er war für den Freisinn 1883 Grossratspräsident, und als er von 1887 bis 1902 im Regierungsrat sass, amtierte er gleichzeitig als Präsident der Nationalsynode der Christkatholischen Kirche. Deren Zentrum war der vom Kulturkampf stark betroffene Kanton Solothurn.<sup>116</sup>

Beinahe zu einer Spaltung kam es um die Jahrhundertwende auch in der Israelitischen Gemeinde. Liberale Juden wollten den Gottesdienst anpassen und forderten unter anderem Predigten in deutscher Sprache.<sup>117</sup> Die Konflikte zwischen den Orthodoxen und dem liberalen Verein freisinniger Israeliten führten zu Richtungskämpfen. 1902 zogen sich die orthodoxen Mitglieder aus dem Vorstand zurück. Die liberale Machtübernahme war aber nur von kurzer Dauer. Jules Dreyfus-Brodsky, Mitglied der Geschäftsleitung der Bank Dreyfus & Söhne Cie., übernahm 1906 für dreissig Jahre das Präsidium der Israelitischen Gemeinde. Er verfolgte einen konservativen Kurs und unterstützte den orthodoxen Rabbiner Arthur Cohn. Dennoch verloren in seiner Amtszeit die Flügelkämpfe an Schärfe.<sup>118</sup>

### **«Nieder mit den Juden!»: Das Schächtverbot von 1893**

Mit der Erlangung der rechtlichen Gleichstellung verschwanden die Vorbehalte und Ablehnung nicht, denen sich Juden ausgesetzt sahen. Antisemitische Aussagen waren etwa an der Fasnacht 1898 zu hören: Das «jüdische Schwindelwesen» greife in Basel um sich und überhäufe das Publikum mit «Schundware», hiess es bei der Rebhus-Clique.<sup>119</sup> Sie forderte, dass man dem «Schwindeltum» Einhalt geben und der «Judensippe» in den Hintern treten solle. Besonders eifrig im Verbreiten anti-jüdischer Vorurteile war die Kulturzeitschrift «Der Samstag», die von 1904 bis 1914 als Wochenzeitung erschien und von angesehenen Basler Bürgern herausgegeben wurde.<sup>120</sup> Als Satire aufgemachte Texte verunglimpften vor allem Ostjuden. Religiös motiviert war die Ablehnung des Judentums in der katholi-

schen Kirche. Der katholische Antijudaismus erscheint in der Karfreitagsliturgie, in der eine Fürbitte den «treulosen Juden» galt, die Jesus Christus als Erlöser und «Licht der Wahrheit» erkennen sollten. Ziel war die Bekehrung der Juden.<sup>121</sup>

Antijüdische Vorbehalte zeigten sich am schärfsten in der politischen Diskussion um das Schächtverbot (vgl. «Das Schlachtvieh im Fokus des Tierschutzes», S. 148). Der freisinnige Basler Schlachthofverwalter Benjamin Siegmund befürwortete 1893 die eidgenössische Initiative «Verbot des Schlachtens ohne vorherige Betäubung». In seinen Augen war das Schächten, das Töten von Tieren mit einem Schnitt durch die Luft- und Speiseröhre ohne Betäubung, Tierquälerei. Siegmund wehrte sich gegen den Vorwurf, die Initiative sei antisemitisch, «da mir auch der Jude achtenswerth ist, sofern er nur ein anständiger Mensch und kein Zelote [religiöser Fanatiker] ist».<sup>122</sup> Aufgeklärte Juden hielten sowieso nichts von den «veralteten Rabbinersatzungen» über das Schächten, schrieb Siegmund und zeigte seine Ablehnung gegenüber religiösen Juden. Die «Basler Nachrichten», welche die Initiative ablehnten, sahen sich mit dem antisemitischen Vorwurf konfrontiert, von «reichen Israeliten» bestochen worden zu sein.<sup>123</sup> Im eidgenössischen Parlament gewichtete die Mehrheit die Kultus- und Religionsfreiheit höher als den Tierschutz und verwarf die Initiative. Die Schweizer Männer hingegen nahmen sie mit rund sechzig Prozent Ja-Stimmen an, mit deutlichen Unterschieden in den Kantonen. In der Deutschschweiz stiess die Initiative teilweise auf überwältigende Mehrheiten, während Westschweizer Kantone und das Tessin genauso deutlich ablehnten. Basel-Stadt befürwortete die Initiative mit knapp 77 Prozent. Zeitzeugen erinnerten sich, dass bei der Bekanntgabe des Resultats die Menge auf dem Marktplatz frohlockte und Rufe zu hören waren wie «Nieder mit den Juden!»<sup>124</sup> Jüdische Metzger konnten nun nicht mehr in Basel schlachten, sondern mussten auf das Schlachthaus in St-Louis oder nach Lörrach und Säckingen ausweichen.<sup>125</sup>

### **Die Schliessung der katholischen Schule 1884**

Das katholische «Basler Volksblatt» hatte sich gegen das Schächtverbot ausgesprochen, denn die Religionsfreiheit war für die Katholiken ein wichtiges Gut. Vor dem katholischen Antijudaismus war aber auch das «Volksblatt» nicht gefeit, wie sich im März 1895 zeigte. An der Fasnacht war es zu Auftritten gekommen, die von den Katholiken als beleidigend empfunden worden waren. Der Papst, dünne Jesuiten mit langen Fingern und dicke Kapuziner waren beliebte Figuren der Fasnacht. Auch Schnitzelbänke machten sich über die Katholiken lustig. Darüber beschwerte sich das «Volksblatt». Als die liberale «Frankfurter Zeitung» in die Debatte eingriff

und einen beanstandeten Schnitzelbank als harmlos bezeichnete, enervierte sich der Kommentator über das «Judenblatt» und die «Herren Israeliten in Frankfurt und Gesinnungsverwandte in Basel».<sup>126</sup>

Die Regierung rief Fasnachtscliquen regelmässig zur Mässigung und Wahrung des konfessionellen Friedens auf. Aus Sicht der Katholiken war es aber gerade die Regierung, die mehrfach in ihre Religionsfreiheit eingegriffen hatte, als sie etwa die Erlaubnis zum Vorlesen kirchlicher Texte in der Kirche verweigerte. 1864 durfte die päpstliche Enzyklika, welche die Trennung von Kirche und Staat kritisierte und achtzig «Zeitirrtümer» anprangerte, nicht verlesen werden.<sup>127</sup> Das Glockenläutverbot wurde erst mit dem Bau der Marienkirche 1886 aufgehoben. Kulturkämpferische Ereignisse stiessen bei den Katholikinnen und Katholiken auf grosses Interesse, auch wenn sie Basel nicht direkt betrafen. Als sich 1873 der Basler Bischof Eugène Lachat der Einflussnahme des Staates auf die Kirche widersetzte, als Folge auf Geheiss der Solothurner Regierung seinen Wohnsitz in Solothurn verlor und nach Luzern gehen musste, herrschte im Basler Katholikentum helle Empörung.<sup>128</sup>

Als Katalysator für das Selbstverständnis des katholischen Milieus wirkte der Kampf um die katholische Schule. Sie war dem Freisinn, der sich um die Stärkung der öffentlichen Volksschulen bemühte, ein Dorn im Auge.

Insbesondere die Ordensleute, denen der Freisinn Misstrauen gegenüber dem Staat vorwarf, gerieten in den Fokus der Diskussion. Der Grosse Rat beschloss in der Folge, dass Ordensleute von der Lehrtätigkeit an Schulen ausgeschlossen werden sollten.

### Die katholische Schule war dem Freisinn ein Dorn im Auge

Katholische Vertreter verfolgten die Grossratsdebatte im Februar 1884 von der Tribüne aus mit, piffen Statements von freisinnigen Grossräten aus und unterstützten konservative Grossräte mit Bravorufen.<sup>129</sup> Da die Vorlage grosses Aufsehen erregte, entschloss sich der Grosse Rat, die Angelegenheit dem Volk vorzulegen. Die Abstimmung brachte 82 Prozent der stimmberechtigten Männer an die Urne – bis heute die dritthöchste Stimmbeteiligung aller Abstimmungen in Basel-Stadt.<sup>130</sup> Sechzig Prozent der Basler unterstützten den grossrätlichen Beschluss. Die katholische Gemeinde musste die Ordensleute entlassen und schloss die Schule, 1274 katholische Schülerinnen und Schüler traten in die öffentlichen Schulen über.

Die RKG sah im Volksentscheid einen Angriff auf den Katholizismus und rekurrierte beim Bundesrat. Der Basler Regierungsrat hielt in seiner Stellungnahme fest, dass es sich bei der Sache nicht um eine Frage des Glaubens, sondern des Schul- und Staatsinteresses handle.<sup>131</sup> Der Bundesrat folgte dem Regierungsrat und wies den Rekurs der RKG als unbegründet ab. Aus katholischer Sicht stellte die



Schulschliessung den Höhepunkt des Kulturkampfes dar.<sup>132</sup> Der Glaube wurde als von aussen bedroht wahrgenommen, und die Vorstellung, ihn bewahren zu müssen, führte zum verstärkten Rückzug ins Milieu. Aus Staatssicht war die Integration der katholischen Schuljugend in die öffentliche Schule hingegen ein wichtiger Schritt zur gesellschaftlichen Integration der katholischen Bevölkerung.

### **Religion ist Privatsache: Das Kirchengesetz von 1910**

Ein Ausdruck des oben erwähnten Milieudenkens war die Weigerung der Römisch-Katholischen Gemeinde (RKG), sich dem öffentlich-rechtlichen Status zu unterstellen. Deshalb erhielt sie vom Staat keine finanzielle Unterstützung. Mit ihren Steuern finanzierten die Katholikinnen und Juden aber die anderen Kirchen mit. Dagegen wehrten sich die RKG und die KVP, die Katholische Volkspartei. Doch ihre Forderung nach Subventionen fand kein Gehör. Ein entsprechender Antrag von KVP-Grossrat Carl Gutzwiller und ein Antrag des Sozialdemokraten Joseph Knörr-Gervais, der die Trennung von Kirche und Staat verlangte, sorgten zwischen 1908 und 1910 für intensive Auseinandersetzungen im Grossen Rat über das Verhältnis von Kirche und Staat. Der liberal-konservative Justizdirektor Carl Christoph Burckhardt legte eine neue Kirchenverfassung vor, welche die Befindlichkeiten der unterschiedlichen politischen und religiösen Richtungen berücksichtigen sollte.<sup>133</sup> Die Protestanten fürchteten den Bedeutungsverlust der Kirchen, die Katholiken lehnten eine demokratische Organisationsform als Bedingung für die öffentlich-rechtliche Anerkennung ab, die Sozialdemokraten wollten Staat und Kirche vollständig trennen, der Freisinn taxierte Religion als Privatsache.

Das neue Kirchengesetz von 1910 brachte eine ‹hinkende› Trennung.<sup>134</sup> Die evangelisch-reformierte und die christkatholische Kirche blieben zwar Volkskirchen mit öffentlichem Status, das Kirchengut und die finanzielle Verantwortung gingen aber vollständig vom Staat an die Kirchen über. Die Kirchenmitglieder mussten nun sämtlichen Aufwand über Kirchensteuern finanzieren. Für ihre bisherige Mitfinanzierung der öffentlich-rechtlichen Kirchen über die Steuern erhielten die katholische und die israelitische Gemeinde eine finanzielle Entschädigung.<sup>135</sup> Im Grossen Rat stimmte die KVP als einzige Partei gegen das neue Gesetz. Bei der Volksabstimmung im März 1910 erhielt die Vorlage eine Zustimmung von 87,7 Prozent. Viele Katholiken dürften dem neuen Gesetz deshalb zugestimmt haben, weil es das Prozessionsverbot aufhob; Prozessionen im öffentlichen Raum spielten im katholischen Glauben eine wichtige Rolle. Als das neue Gesetz in Kraft trat, schrieb das ‹Basler Volksblatt›: «Denn was uns Katholiken [...] gegeben wurde,

ist keine Gnade und kein Almosen, sondern unser Recht, unser gutes Recht, garantiert durch die Verfassung des Bundes und des Kantons.»<sup>136</sup>

Mit dem neuen Kirchengesetz legte Basel den Boden für die Integration der verschiedenen Konfessionen. Religionsunterricht an den Schulen war fortan allen religiösen Gemeinschaften erlaubt, wenn sie diesen finanzierten.<sup>137</sup> Das Gesetz anerkannte, dass es in Basel mehr als nur die protestantische Konfession gab. Es vollzog nach, dass das enorme Bevölkerungswachstum seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht nur die Stadtmauern, sondern auch das protestantische Profil der Stadtbevölkerung gesprengt hatte. Die Offenheit der Stadt zeigte sich auch darin, Zionisten- und Arbeiterkongresse zuzulassen. Bis 1911 fanden hier sieben von zehn Zionistenkongressen statt. Am Schluss des ersten Kongresses 1897 dankte Theodor Herzl der «gastlichen Stadt», «die uns mit solchem Wohlwollen empfangen hat».<sup>138</sup> Auch der Internationale Arbeiterkongress 1869 und der sozialistische Friedenskongress 1912 konnten in Basel abgehalten werden. Die Synode der evangelisch-reformierten Kirche bewilligte für die Durchführung des Friedenskongresses sogar die Nutzung des Münsters. Die Organisatoren mussten aber garantieren, dass die «Würde des Ortes» gewahrt bleibe.<sup>139</sup>

Das Einfordern von Rechten und das Austragen von Konflikten erwies sich als spannungsvoll. Gleichwohl galt für die konfessionellen Milieus wie auch für die Arbeiterinnen und Arbeiter, dass ihre Integration nicht über Gleichmacherei funktionieren konnte. Die Akzeptanz kultureller und religiöser Differenzen sowie der Austausch über die Milieugrenzen hinweg waren entscheidend. Diese Erkenntnis setzte sich Anfang des 20. Jahrhunderts durch.

## Anmerkungen

- 1 Bücher 1919, S. 410.
- 2 Ebd., S. 330.
- 3 Ebd., S. 327.
- 4 Wecker 2000, S. 200.
- 5 StABS, DS BS 8 35, 35. Verwaltungsbericht des Kleinen Rates an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 1868, S. 163.
- 6 Hoerder; Lucassen; Lucassen 2010, S. 39.
- 7 Schulz 2017, S. 14.
- 8 Kury; Schulz; Holenstein 2018, S. 213.
- 9 Ebd.
- 10 Für die verschiedenen Phasen der Migrationsregime in der Schweiz siehe Schulz 2017.
- 11 Zum Begriff «Überfremdung» siehe Kury 2003, S. 41.
- 12 Lorenceau 2006, S. 14.
- 13 Argast 2007, S. 133.
- 14 StABS, DS BS 9 351, Ratschlag und Entwurf eines Bürgerrechtsgesetzes 1866, S. 27.
- 15 Argast 2008, S. 199.
- 16 Argast 2007, S. 241–243.
- 17 Lorenceau 2006, S. 17.
- 18 StABS, DS BS 9 686, Ratschlag und Gesetzentwurf betreffend die Niederlassung und den Aufenthalt und das Kontrollwesen (1883), S. 12.
- 19 Bickel 1947, S. 134.
- 20 Argast 2008, S. 134.
- 21 Für den ganzen Abschnitt siehe Lorenceau 2006, S. 13–51.
- 22 Für die folgenden Zahlen siehe Statistik in Braunschweig; Meier 1992, S. 63.
- 23 Sarasin 1997, S. 70.
- 24 Die Daten zur Lebensgeschichte von Marie Holdampf-Hohler finden sich in: StABS KG 53 (I) 7285 und wurden von einer Nachkommin ergänzt.
- 25 Thun 1883, S. 43 f.
- 26 StABS, DS BS 9 351, Ratschlag und Entwurf eines Bürgerrechtsgesetzes 1866, S. 24 f.
- 27 Thun 1883, S. 33.
- 28 Köhli 2017, S. 13–33.
- 29 Bollag 2012, S. 201–203.
- 30 Manz 1988, S. 164–181.
- 31 BN, 08.05.1895.
- 32 Manz 1988, S. 265.
- 33 Zu den Tumulten in Bern und Zürich siehe Kury; Schulz; Holenstein 2018, S. 211–213.
- 34 Zum Fall Josef Müller siehe StABS, Gerichtsarchiv JJ 1 1892-221.
- 35 Krauer 2021, S. 230.
- 36 Ebd., S. 250.
- 37 Nationaal Archief, Den Haag, Ministerie van Koloniën: Stamboeken en pensioenregisters Militairen KNIL Oost-Indië en West-Indië, nummer toegang 2.10.50, inventarisnummer 131-160.
- 38 Duperrex 1993, S. 28.
- 39 Krauer 2019, S. 139.
- 40 Krauer 2024, S. 105 f.
- 41 Zum Milieubegriff siehe Kuhlemann; Blaschke 1996, S. 22–56. Mooser 1997, S. 42–44.
- 42 Haumann 1999, S. 22.
- 43 Kury 1994, S. 12.
- 44 Guth-Dreyfus 1980, S. 154.
- 45 Haumann 2005, S. 74.
- 46 Pfister 1976, S. 470.
- 47 Baur 1896, S. 199.
- 48 StABS, DS BS 8 37, 37. Verwaltungsbericht des Kleinen Rates an den Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt für das Jahr 1870, S. 172.
- 49 StABS, IGB-REG L3.3, Jubiläumsbericht 50 Jahre Asyl Hegeheim 1874–1924, S. 3.
- 50 Wecker 1997a, S. 124.
- 51 SWA, Versicherungen B III 12, Israelitischer Frauenverein 1899–1915.
- 52 Guth-Dreyfus 1980, S. 161.
- 53 Brunner 1999, S. 54.
- 54 Haumann 2005, S. 75 f.
- 55 Siehe hier und im folgenden Kury 1994, S. 90 f.
- 56 Ebd., S. 22.
- 57 Studie des Geografen Simon Stern, siehe ebd., S. 90 f.
- 58 Kury 1997, S. 197.
- 59 SWA, Versicherungen B III 12, Israelitischer Frauenverein 1899–1915.
- 60 Goldschmidt 2020, S. 35. Gerber 1999, S. 93–95.
- 61 Zur Geschichte des ersten Zionistenkongresses in Basel siehe Haumann 1997.
- 62 Metzger 2023, S. 45–67.
- 63 Weill 2014, S. 15.
- 64 Gantner 1970, S. 83.
- 65 Braun 2021, S. 146.
- 66 Spycher 2008, S. 107.
- 67 Gantner 1970, S. 122 f.
- 68 StABS, ÖR-REG 4f 1-1 (I) 4, Verzeichnis der Inhaber und Inhaberrinnen von Kirchensitzen ca. 1860–1919.
- 69 Vuilleumier 1946, S. 96.
- 70 Braun 2017, S. 163.
- 71 Gantner 1970, S. 129.
- 72 Meier-Kern 1997, S. 37.
- 73 Jäggi; Ligginstorfer 2003, S. 76–91.
- 74 Ebd., S. 49–54.
- 75 Gantner 1970, S. 14.
- 76 ASZ, 19.03.1874.
- 77 Häberli 1986, S. 109.
- 78 Amrein 2009.
- 79 Braun 2008, S. 80–95.
- 80 Zur Geschichte von Emilie Linder siehe Gampp; Braun 2013.
- 81 Braun 2008, S. 91.
- 82 Pfarreiarchiv St. Franziskus, Pfarreichronik 1903–1929, Kirchlicher Wegweiser für die Katholiken der Stadt Basel.
- 83 Braun 2016, S. 189.
- 84 Isenschmid 1972, S. 8.
- 85 BN, 25.02.1862, zit. in Gantner 1970, S. 114.
- 86 Braun 2019, S. 241.
- 87 Beck 1909, S. 17.
- 88 Basler Volksblatt, 09.07.1900.
- 89 Mooser 2000, S. 235.
- 90 Degen 2016, S. 237.
- 91 Heizmann 2016, S. 82.
- 92 Braunschweig; Meier 1992, S. 91. Gschwind 2016.
- 93 Lüthi 1963, S. 156.
- 94 Landolt 1891.
- 95 Trevisan 1989, S. 76.
- 96 Ebd., S. 84.
- 97 Häbler 2008, S. 117.
- 98 Häberli 1986, S. 41.
- 99 Bücher 1891, S. 34.
- 100 Trevisan 1989, S. 11.
- 101 Bücher 1919, S. 409.
- 102 Arnold 1891, S. 26 f.
- 103 Trevisan 1989, S. 47.
- 104 Aemmer 1893.
- 105 Basler Stadtbuch, Chronik vom 07.05.1884.
- 106 Landolt 1891. Wecker 1997b, S. 139.
- 107 Wecker 1997b, S. 296.
- 108 Kreis, Georg: Stauffacherin, in: Historisches Lexikon der Schweiz.
- 109 Dübi-Baumann 1939, S. 9.
- 110 Schaffner 1912, S. 171.
- 111 Orth 2022, S. 119.
- 112 Für hier und die weiteren Abschnitte Aebi 1982, S. 7 ff.
- 113 Häberli 1986, S. 171.
- 114 Roth 1968, S. 209.
- 115 Schaffner 1972, S. 115.
- 116 Stadler 1996, S. 336–365.
- 117 Haumann 2005, S. 77 f.
- 118 Draeger 2001, S. 98 und 124.
- 119 Zitiert in: Haumann 2005, S. 264.
- 120 Kury 2013, S. 614 f. Debrunner 1997.
- 121 Pfister 2014, S. 152.
- 122 Der Thierfreund – Organ der deutschschweizerischen Tierschutzvereine, Nr. 5, Sep./Okt. 1892, S. 34.
- 123 Krauthammer 2000, S. 77.
- 124 Kury 1994, S. 62.
- 125 Unger 1949, S. 93.
- 126 Basler Volksblatt, 14.03.1895.
- 127 Braun 2017, S. 159–162.
- 128 Jäggi; Ligginstorfer 2003, S. 26–31. Stadler 1996, S. 289.
- 129 Zitiert in Kocher, S. 186.
- 130 Siehe <https://baselvotes.ch>, abgerufen am 25.05.2023.
- 131 Schweizerisches Bundesblatt, 36. Jg., 26.07.1884, Band III, S. 477–489.
- 132 Zum Kulturkampf in Basel siehe Jäggi; Ligginstorfer 2003, S. 30–33. Stadler 1996, S. 522–530.
- 133 Fuchs 1979, S. 36.
- 134 Hafner 2001, S. 85–88.
- 135 Hafner 2009, S. 52–56.
- 136 Basler Volksblatt, 22.01.1911.
- 137 Hafner 2009, S. 54.
- 138 Guth-Biasini 1997, S. 135.
- 139 Degen 1990, S. 62.





